aufbau

klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

108

März/April 2022
Fr. 3.— / € 2.—
www.aufbau.org

GESUNDHEITSPERSONAL So steht es um die Arbeitsbedingungen 6
MIGRATIONSGESETZE Wer nicht arbeitet, soll gehen 9
KLIMABEWEGUNG Wohin des Weges? 10
FRAUENGUERILLA Widerstand in den Philippinen 12

GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE

...bis das Geschlecht keine Rolle mehr spielt

Im Kapitalismus ist die patriarchale bürgerliche Kleinfamilie als Norm festgesetzt. Die darin angelegte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist für die Reproduktion der Arbeitskraft zentral, die ideologische Verteidigung der Familie ist seitens der Herrschenden entsprechend aggressiv: Teil davon ist die politische und materielle Unterdrückung von LGBTIQ+Personen.

(fk) In unserer Gesellschaft findet eine Heteronormierung statt, d.h. die Heterosexualität wird als das gesellschaftlich «Normale» festgeschrieben. Grund dafür ist die Durchsetzung der Kleinfamilie als Institution zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Dies ist die materielle Grundlage der politischen und materiellen Unterdrückung von gleichgeschlechtlicher Liebe im Kapitalismus. Damit ist auch Homophobie ein Erzeugnis des Kapitalismus, die auf den Zusammenhang von Kapitalverhältnis, patriarchalen Strukturen und Kleinfamilie zurückzuführen ist. Es wäre verkürzt, jede reaktionäre Hetze direkt auf materielle Gründe, also das kapitalistische Produktionsverhältnis zurückzuführen, nichtsdestotrotz finden wir den Blick auf die gesellschaftlichen Strukturen und Produktionsverhältnisse unabdingbar, um solche Phänomene zu verstehen.

John D'Emilio, marxistischer Theoretiker, liefert in seinem Essay «Capitalism and Gay Identity» im Jahre 1980 eine materialistische Analyse über die Verbindung zwischen der Entstehung der schwulen/lesbischen Identität und der Veränderung der Familie durch die Entstehung der kapitalistischen Produktion. Im 19. Jahrhundert war die vorherrschende Familienform in den USA – wie auch in weiten Teilen Europas – eine selbstversorgende unabhängige Produktionseinheit, in der zwar eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vorlag, jedoch Haus- und Familienarbeit von der Produktion von Lebensmittel und Güter noch kaum getrennt waren. Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise zerstört diese ökonomisch unabhängige Familienstruktur, die Lohnarbeit setzt sich als dominante Arbeitsweise durch und mit ihr entstand die bürgerliche Kleinfamilie. Diese zeichnet sich durch die scharfe, geschlechtsspezifische Trennung der nun ins private abgeschobene, unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frauen einerseits und der in Fabriken kollektivierten Produktion andererseits aus. Diese doppelte Freiheit des/der Lohnarbeiter_in postuliert D'Emilio als materielle Voraussetzung für eine schwule/lesbische Identität. Er unterscheidet hier von homosexuellem Begehren, dessen Existenz schon in früheren Epochen beschrieben wurde. «Erst als die Individuen begannen, ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit zu verdienen, anstatt als Teil einer voneinander abhängigen Familieneinheit, war es für homosexuelles Begehren möglich, sich zu einer persönlichen Identität zu verdichten – einer Identität, die auf der Fähigkeit beruht, ausserhalb der heterosexuellen Familie zu bleiben und eine eigene Identität aufzubauen.»

Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

3 Ukraine: Nicht ob, sondern wann

5 «Was es braucht, ist eine Kultur des Widerstandes»

8. März ist alle Tage! Eine Kurzgeschichte.

6 Gesundheit: Schlimmer als nichts tun

7 Mit individueller Verantwortung gegen die Seuche

8 Cyberfeminismus: Ein Rückblick

9 Kreuzworträtsel

10 Ökologie: Interview

11 Die nachhaltigen digitalen Konzerne

12 Frauen tragen die Hälfte des Himmels

13 Wer gewinnt die Wahlen? Islamophobie und Autoritarismus

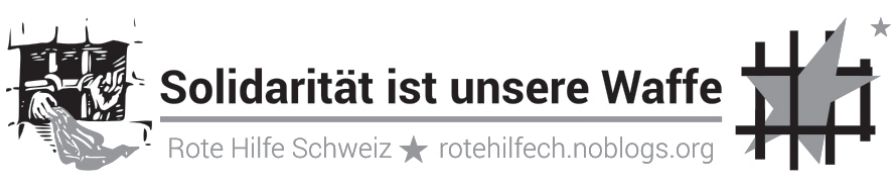
14 David gegen Goliath: Wie sich die kurdische Guerilla gegen die Türkei bewährt

POLITISCHE GEFANGENE

Kill Erdogan Prozess: Über Inhalte statt Transparente sprechen

Am 18. / 19. Januar 2022 fanden die ersten beiden Tage des «Kill Erdogan» Prozess in Bern statt. Stein des Anstosses ist ein Transparent mit der Aufschrift «Kill Erdogan with his own weapons» (Töte Erdogan mit seinen eigenen Waffen). Dieses wurde im März 2017 an einer Kundgebung auf dem Bundesplatz mitgeführt, anlässlich des Verfassungsreferendums, welches die Machtbefugnisse des türkischen Machthabers erweitern sollte.
Das Banner führte zu einer veritablen Staatskrise. Wenige Stunden nachdem die Fotos von der Kundgebung in den Medien auftauchten, klingelte das Telefon des damaligen Schweizer Aussenministers Didier Burkhalter. Am Apparat: sein türkischer Amtskollege Mevlüt Cavusoglu. Er ist wütend und verlangt, dass die Schweiz die Urheber des Demo-Transparents bestraft. Sogar Erdogan äusserte sich an einer Propagandaveranstaltung betupft: «Vor euren Augen drohen sie dem Präsidenten eines Staates offen mit dem Tod, und ihr unterstützt sie auch noch. Schande über euch!». Auch das Aussendepartament EDA versucht Druck auf die Justiz auszuüben. Es wurde mehrfach nachgefragt, ob nun schon jemand verurteilt sei in dieser Sache.
Der lange Arm des türkischen Regimes wurde am ersten Prozesstag deutlich. Ein Journalist liess sich kurzfristig für den Prozess akkreditieren. Er war der Verhandlungssprache Deutsch nicht mächtig und wollte weder seinen Namen noch den Namen der Zeitung preisgeben, für die er arbeitete. Eine rasche Recherche der Anwälte und Sympathisant_innen vor Ort entlarvte ihn als Mitarbeiter eines türkisch staatlichen Propaganda Mediums, welches die Betroffenen als «Terroristen» bezeichnet. Dieser Eklat führte zum Abbruch es ersten Prozesstages.
Die Einvernahmen der Beschuldigten am zweiten Prozesstag wurden genutzt, um über das wirklich Relevante zu sprechen. Die Fragen zur Person und zum Transparent ignorierten sie. Dafür sprachen sie über die 100'000 Politischen Gefangenen in den türkischen Knästen, über die Giftgasangriffe in Nord-Ost Syrien und die ökologische Zerstörung in der Türkei. Die durch das Erdogan Regime ermordeten Widerstandskämpfer_innen wurden mit einer Schweigeminute geehrt. Weiter wurde ein_e politische Zeug_in vorgeladen. Die Person hatte das Attentat in Suruc im Jahr 2015 mit bleibenden Schäden überlebt und schilderte eindrucksvoll, wie die türkische Polizei damals die Ambulanzen aufhielt und die Überlebenden angriff.
Am 2. & 3. März 2022 finden die nächsten Prozesstage statt: auf www.killerdoganprozess.ch findest du die aktuellen Infos. Um die Prozesskosten zu tragen, unterstützt unsere Genoss_innen mit einer Spende auf folgendes Konto:

AntiRep Bern, Postfach: 5055, 3001 Bern, Postkonto: 85-553078-1, Vermerk: KE Prozess



Das bekannte Transparent, das zum Prozess führte.

Editorial

(red) Unsere Parole für den diesjährigen 8. März lautet Pharma enteignen, Spitäler vergesellschaften, Pflegearbeiten aufwerten. Um diese Ziele zu erreichen braucht es Arbeiter_innen, die sich organisieren, gemeinsam kämpfen und auch streiken. Eine mögliche Perspektive in Richtung Aufwertung von Pflegearbeiten wurde vom Pflegepersonal des Saint Vincent Hospitals in Worcester, Massachusetts eindrücklich formuliert: So haben sie seit dem vergangenem Frühling während 301 Tagen gestreikt – und gewonnen! Mehr Lohn, eine bessere Krankenversicherung und einen besseren Personalschlüssel haben sie sich erkämpft. Auf diese Forderungen ist das Spital zwar schon vor vier Monaten eingegangen – wollte aber gleichzeitig Exponent_innen der über 700 Streikenden entlassen. Daraufhin hat die Belegschaft beschlossen weiterzustreiken. Dabei hat sie sich auch gegen den Giganten der Gesundheitsbranche, Tenet Healthcare, durchgesetzt. Der profitorientierte Grosskonzern betreibt alleine 65 Spitäler und zählt über 100'000 Angestellte.

Ein wichtiger Erfolg also, der zeigt, dass sich Organisierung und Kämpfen lohnen. Auch wenn die Enteignung der Pharmakonzerne und die Vergesellschaftung der Spitäler aus der jetzigen Situation weit weg wirken so bilden sie dennoch eine wichtige Perspektive, auf die wir gemeinsam, selbstbestimmt und solidarisch hinarbeiten wollen! Denn der Kapitalismus mit seinen patriarchalen Strukturen hat während der Pandemie noch einmal deutlich gezeigt, dass er keine Lösungen für die Arbeiter_innenklasse sondern nur für die Wirtschaft und Bonzen zu bieten hat.

Für neue Leserinnen und Leser:
Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.
Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.
Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

KRIEG

Ukraine: Nicht ob, sondern wann

Kurz vor Jahreswechsel erhöht sich schlagartig die Kriegsgefahr zwischen der NATO und Russland um die Ukraine. Die Eskalation ist lange angelegt: In den ukrainischen Maidan-Protesten von 2013/14, aber vor allem auch in der postsowjetischen Ordnung ab Beginn der 1990er-Jahre. Der Zeitpunkt widerspiegelt globale Krisen und Neuordnungen.

US-Waffenlieferungen für die Ukraine – im Bild Javelin Anti-Panzer Raketen.

(gpw) Das Rauschen im bürgerlichen Blätterwald ist eindeutig: Russland trägt die alleinige Verantwortung für die angedrohte Eskalation rund um die Ukraine. Mittels Truppenverlegungen an die russisch-ukrainische Grenze sowie ultimativ vorgebrachter Forderungen gegenüber den USA schafft der russische Präsident Vladimir Putin eine Situation, in der das Militärbündnis NATO nicht anders kann, als ihrerseits zur Kriegsvorbereitung zu blasen. In der Propaganda sind die Rollen klar verteilt, hier die Guten, dort die Bösen und entsprechend gilt es sich in der Front des Westens einzureihen.

Die Stimmen der Kriegsminister_innen täuschen darüber hinweg, dass die Dinge nicht so einfach sind, wie sie erscheinen lassen. Der gesamte Raum der vormaligen Sowjetunion (und des nochmals vormaligen Zarenreichs) ist durchzogen von einer Bruchlinie, auf deren Seiten jeweils eine Orientierung in Richtung US-Imperialismus und Europäische Union und eine in Richtung Russland gehen. Es ist eine Bruchlinie, die durch die oftmals multiethnischen Realitäten der postsowjetischen Staaten verstärkt wird sowie durch die jeweiligen gesellschaftlichen Versprechungen, die sowohl die Sowjetunion wie der Kapitalismus teilweise einhielt oder -hält. Dadurch gelten für unterschiedliche Generationen und Klassenstandpunkte jeweils unterschiedliche positive wie negative Bezugspunkte.

«Kein Zentimeter nach Osten»

In der Leseart der westlichen Propagandist_innen ist die aktuelle Forderung Russland's, dass keine weiteren Staaten der ehemaligen Sowjetunion der NATO beitreten mögen, irre. Die Forderung mag nicht schmecken, doch sie ist weder neu noch ohne Grund. Vor rund dreissig Jahren wurde sie erstmals formuliert. Damals, als nach dem Ende der Sowjetunion eine neue weltpolitische Ordnung geschaffen wurde, ging es auch um den Rückbau der militärischen Allianzen, die im Zuge des Kalten Kriegs entstanden waren, und den Ausbau gemeinsamer und weniger gewaltaffiner Gremien (wie der OSZE). Während der «Warschauer Pakt» als militärische Allianz auf Seiten der Sowjetunion aufgelöst wurde, wurde eine Auflösung der NATO von den sich siegreich wähnenden westlichen Imperialist_innen kaum in Betracht gezogen.

Es gab allerdings sehr wohl mündliche Zusagen hochrangiger Politiker, wonach die NATO nicht weiter in Richtung Russland expandieren werde. Die US-Aussenminister erzählten 1990 dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, dass die NATO sich «keinen Zentimeter nach Osten» erweitern werde, und wiederholten 1993 ähnliches gegenüber dem neuen russischen Präsidenten Boris Jelzin; der BRD-Aussenminister Hans-Dietrich Genscher versprach 1990 in einer programmatischen Rede im Laufe des DDR-Anschlusses sinngemäss dasselbe. Angesichts dieser Vorgeschichte gilt es zumindest festzuhalten, dass die roten Linien nicht einseitig überschritten werden bzw. sie offenkundig – je nach Interessen, Kräfteverhältnis und Grosswetterlage – ihren Verlauf ändern können.

Vom Maidan zum Guerillakrieg

Ein entscheidender Moment in der Neuziehung dieser Linien sind die Maidan-Proteste von 2013/14 in der Ukraine. An deren Ende stand der Sturz des Präsidenten Viktor Janukowitsch und die Installation einer Regierung unter Petro Poroschenko, welche sich klar in Richtung USA und Europa orientierte (und sich dabei unverhohlen auf faschistische Paramilitärs wie dem «Asow-Bataillon» stützte). Danach folgte durch Russland die Aneignung der Krim (inklusive dem russischen Flottenstützpunkt Sewastopol am Schwarzen Meer) und die Unterstützung der Volksrepubliken in der Ostukraine (inklusive einer überwiegend russischen Bevölkerung, die die Vorgänge in Kiev nicht stützte). Ein Schlagabtausch der Grossmächte im Ringen um Einflusssphären, welcher eigentlich nur jene überraschen mag, die der Mär vom «Ende der Geschichte» aufgesessen waren und verkannten, wie insbesondere der US-Imperialismus nach 1989 nahtlos weiter um Expansion in nun «freigewordene» Gebiete kämpfte.

Das angespannte Gleichgewicht verschob sich und führte zu einer neuen Pattsituation, die seither im Wesentlichen anhielt. Es gibt wohl verschiedene Gründe, weshalb sich dies nun verändert. Auf Seiten der NATO-Kräfte gibt es wenig Einheit bezüglich der strategischen Priorität der Ukraine (unter anderem wegen der von den USA focierten Ausrichtung gegenüber der Volksrepublik China sowie der deutschen Abhängigkeit von Erdgas aus Russland) und entsprechend Spielraum für Russland, in dieser Konfusion neue Tatsachen zu schaffen. Umgekehrt ist die Lage in der russischen Einflusssphäre gegenwärtig unruhig. Proteste wie in Kasachstan, die militärisch niedergeschlagen werden, stützen sich auf populären Unmut gegenüber den Herrschenden in den postsowjetischen Staaten, die sich in kleptokratisch-kapitalistischer Manier einrichteten und entsprechend handeln.

Ende Januar und parallel zu den verschiedenen Gesprächsrunden wird das Kriegsgeflüster nochmals lauter, es scheint angesichts von Verlautbarungen und Handlungen der NATO eher eine Frage des Wanns denn des Obs einer militärischen Eskalation zu sein. Ukrainische Militärkreise selber gehen derweil weder von einem baldigen noch von einem grossangelegten Krieg aus. Im Wissen um die Widersprüche in der NATO fordern solche Stimmen - wie der vormalige Verteidigungsminister Andriy Zagorodnyuk - Waffen, welche einen asymmetrischen Krieg stützen würden, der von regulären militärischen Truppen wie von den irregulären Paramilitärs der ukrainischen Nationalgarde geführt werden könnte - Faschisten inklusive.

RISEUP4ROJAVA
revolutionärer AUFBAU
Widerstandsvernetzung Zürich
2022

Als Beilage zu dieser Ausgabe:

Die NATO-Verbündeten sind sich einig, dass die kurdische Befreiungsbewegung als Motor der Revolution im Nahen- und Mittleren Osten vernichtet werden soll.

Ein Beitrag von Historiker und Journalist Nikolaus Brauns zum Konzept des Spezialkriegs, das nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt und etwa gegen Kuba und in Indochina eingesetzt wurde und nun auch im Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung angewendet wird.

Fortsetzung von Seite 1

Homosexualität wird in weiten Teilen der Welt bis heute kriminalisiert und verfolgt. Doch auch dort, wo die offene Verfolgung und gesellschaftliche Diskriminierung zurückgedrängt wurden, sind wir weit von einer Befreiung der gleichgeschlechtlichen Beziehungen entfernt. Die «Konversionstherapie», die auf verschiedene Weise versucht, homosexuelle Menschen zu «heilen», ist beispielsweise in der Schweiz bis heute nicht verboten und es wird geschätzt, dass schweizweit rund 14000 Menschen Opfer dieser traumatisierenden «Therapien» geworden sind.

In anderen Bereichen werden die Rechte von homosexuellen Menschen ausgebaut, aktuelles Beispiel ist die «Ehe für alle», die im September 2021 mit 64% JA-Stimmen angenommen wurde. Und auch wenn wir Ehe als Institution ablehnen, so begrüssen wir trotzdem die «Ehe für alle», damit wenigstens auf juristischer Ebene gleiche Rechte geschaffen werden, dennoch bleibt es ein Zwang, sich in das Korsett der Ehe und Kleinfamilie zu zwängen und sich den Normen anzupassen. Dass IKEA, ein milliardenschweres Unternehmen an dessen Spitze die beiden reichsten Schweizer stehen, eine eigene Kampagne zur Unterstützung der «Ehe für alle» initiierte, macht zusätzlich stutzig. «IKEA ist ein inklusives Unternehmen» schreiben sie als Einleitung und meinen das wohl ganz ernst: Solange sie Mehrwert abschöpfen können, ist ihnen egal, wer mit wem im Ehebett – am besten bei IKEA gekauft! – schläft. Wie auch beim Frauenkampf historisch und aktuell immer wieder geschehen, werden die Kämpfe der LGBTIQ+Personen[1] in den Kapitalismus integriert und abgeschwächt, wodurch jegliches revolutionäre Potential verloren geht.

Transfeindlichkeit im Ausweisdokument

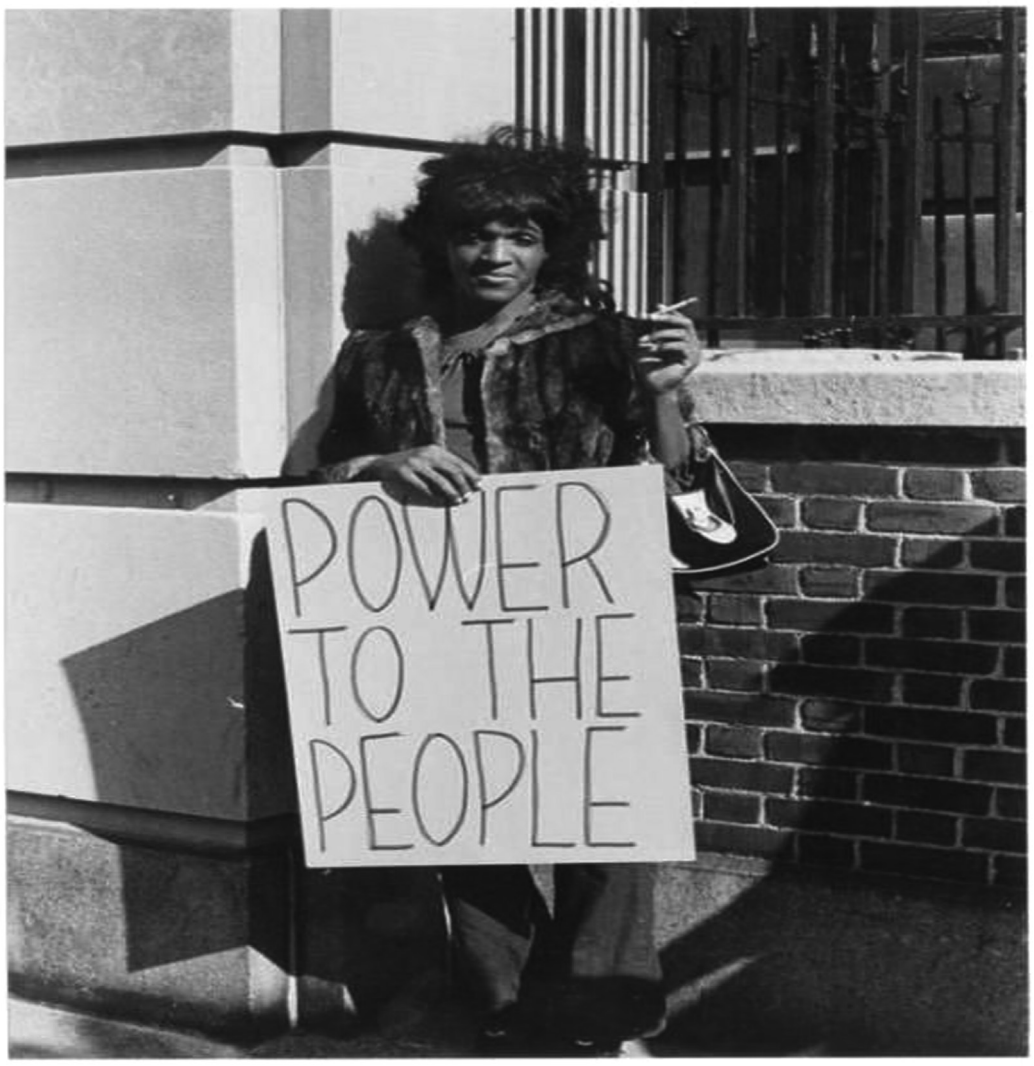
Auch wenn sich beobachten lässt, wie queere Lebensentwürfe vermehrt integriert und zuweilen ganz profitabel vermarktet werden, entstehen zugleich ständig reaktionäre Gegenbewegungen für die Einschränkung der Rechte von LGBTIQ+Personen, wie beispielsweise in Ungarn, Polen und Russland. Diese dienen als Bollwerk der bürgerlichen Ordnung und verteidigen die Kleinfamilie, die als Produzentin der Ware Arbeitskraft im Kapitalismus eine zentrale Funktion innehat.

Am 30. März 2020 verabschiedete das ungarische Parlament ein Gesetz, das dem Premierminister Orban die Befugnis verleiht, per Dekret zu regieren – zeitlich unlimitiert und eigentlich als Massnahme zur Bewältigung der Covid-19-Krise gedacht. Eine der ersten Handlungen der Regierung war jedoch was ganz anderes: Sie erliess einen Gesetzesentwurf, der vorsieht, dass bei Ausweisen statt «Geschlecht» nun neu «Geburtsgeschlecht» steht. Diese scheinbar geringfügige Änderung hat massive Folgen für trans Personen. Sie bedeutet, dass das einmal eingetragene Geburtsgeschlecht in keiner Geburtsurkunde und keinem Ausweisdokument mehr geändert werden kann.

Seitens der Herrschenden beobachten wir einerseits die Integration von Errungenschaften und andererseits permanente homo- und transfeindliche Angriffe. John D'Emilio fragte schon 1980: «Wie kommt es, dass der Kapitalismus, dessen Struktur die Entstehung einer schwulen Identität und die Bildung städtischer Schwulengemeinschaften ermöglicht hat, nicht in der Lage zu sein scheint, Schwule und Lesben in seiner Mitte zu akzeptieren? Warum scheinen sich Heterosexismus und Homophobie hartnäckig zu halten?» Und er liefert eine mögliche Antwort gleich selbst: «In materieller Hinsicht schwächt der Kapitalismus die Bande, die Familien einst zusammenhielten, so dass ihre Mitglieder eine wachsende Instabilität an dem Ort erleben, an dem sie Glück und emotionale Sicherheit erwartet haben. Während der Kapitalismus also dem Familienleben die materielle Grundlage entzogen hat, sind Lesben, Schwule und heterosexuelle Feministinnen zu Sündenböcken für die soziale Instabilität des Systems geworden». Oder anders gesagt: Das Ideal der patriarchalen Familie wird immer mehr durch Widersprüche destabilisiert und die traditionellen Rollen haben sich durch Flexibilisierung, Prekarisierung und den steigenden Anteil der Frauen in die Lohnarbeit teilweise stark verändert. Doch solange die bürgerliche Familie Garantin für eine günstige Reproduktion der Arbeitskraft ist – auch wenn sie unserer Meinung längst auf den Müllhaufen der Geschichte gehört – wird innerhalb des Kapitalismus daran festgehalten und alles von ihr Abweichende angegriffen. So gesehen sind proletarische Frauenkämpfe und Kämpfe der LGBTIQ+Personen zwei Seiten der gleichen Medaille und müssen auch gemeinsam geführt werden, wenn wir denn erfolgreich sein wollen.

Anpassung an die Norm

Die Unterdrückung von trans und intergeschlechtlichen Menschen folgt also denselben Mustern von Norm und Zwang. Das binäre Geschlechtersystem soll die Rollenzuschreibungen und Arbeitsteilungen, den entsprechenden Platz für Frau und Mann in der Gesellschaft



Masha P Johnson gründete mit Sylvia Rivera 1970 Street Transvestite Action Revolutionaries (STAR)

garantieren und reproduzieren. Intersexuelle und trans Menschen passen hier nicht ins Schema. Die bürgerliche Gesellschaft reagiert mit brutaler Anpassung: Intersexuellen Menschen wird ihr biologisches Geschlecht per Operation zwangsweise anpasst: In der Schweiz ist dies immer noch eine gängige Praxis, sogar die UNO hat die Schweiz deswegen bereits vier Mal gerügt. Umgekehrt ist es für trans Menschen weltweit oft schwierig bis unmöglich den Geschlechtseintrag wechseln zu lassen. Bis vor 10 Jahren war in der Schweiz eine Unterbindung dazu nötig und erst seit Januar 2022 können trans Menschen in der Schweiz ohne psychiatrische Bestätigung den Geschlechtseintrag ändern.

Diese Rechte sind ebenfalls Resultat von Kämpfen, denn die Gesundheitspolitik rund um trans Menschen stellt nicht das Wohl dieser Personen ins Zentrum. Wie Shon Faye, eine sozialistische Journalistin aus England, in ihrem Buch «The Transgender Issue» treffend formuliert: «Die gesamte Infrastruktur des Transgender-Gesundheitswesens entstand im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts unter dem Schirm der stark patriarchal geprägten Psychiatrie. Institutionell verstanden Ärzte die Hormonbehandlung und die Chirurgie als ein Mittel, um die Parameter dessen zu kontrollieren, was sie für eine akzeptable trans Person hielten und was nicht - und, in logischer Erweiterung, die Grenzen des Geschlechts an sich. Als die medizinische Transition als Technologie entwickelt wurde, bestand ihr primärer Zweck nicht darin, dem/der trans Patient_in zu helfen, sondern die Geschlechtsvarianz in der Gesellschaft zu kontrollieren und zu managen, während die Geschlechterbinarität intakt gelassen wird.»

Einheit im Kampf gegen den Kapitalismus

Die Erscheinung des Ausgrenzens lässt sich an Statistiken zur Obdachlosigkeit ablesen. Bis heute liegt der Anteil von LGBTIQ+Menschen unter obdachlosen Jugendlichen bspw. in den USA, Kanada und England bei 20-40% und damit überdurchschnittlich hoch. Intersexuelle und trans Menschen stehen zudem besonders häufig finanziell unter Druck und sind besonders häufig Diskriminierungen im Job und gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Mittlerweile sind kapitalistische Staaten zwar unter dem Druck der LGBTIQ+Bewegungen dazu übergegangen, eine dritte Geschlechtskategorie «divers» einzuführen, die man sich auf dem Personalausweis eintragen lassen kann. Universitäten und grosse Unternehmen haben ebenfalls schon auf Gender-Diversity umgestellt. Ähnlich wie bei der Frage der gleichgeschlechtlichen Liebesbeziehungen ändert das alles jedoch nichts daran, dass der patriarchale Kapitalismus weiterhin nur gesellschaftliche Funktionen für Frauen und Männer bereithält und damit nicht in der Lage ist, intersexuellen und trans Menschen gesellschaftlich irgendeine Perspektive zu bieten – ausser dem Label «sonstige». Auf dieser Basis kann auch die materielle und politische Unterdrückung von intersexuellen und trans Menschen nicht überwunden werden.

Homo- und Transfeindlichkeit dienen der Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen und verhindern damit die Einheit der Arbeiter_innenklasse im Kampf gegen das kapitalistische System. Es ist unsere Aufgabe, Homo- und Transfeindlichkeit zu bekämpfen – sowohl wenn sie von reaktionären Organisationen gezielt gesät werden, als auch wenn sie innerhalb unserer eigenen Reihen und unserer Klasse auftreten. Dabei sollten wir insbesondere an die proletarischen und revolutionären Traditionen der LGBTIQ+Bewegung anknüpfen und darauf hinwirken, dass wir gemeinsam den Kampf zur Überwindung des Kapitalismus führen.

Differenziertes Verständnis von Geschlecht

Ökonomisch, strukturell, kulturell und psychologisch ist die Gesellschaft zweigeschlechtlich geprägt, jedoch wird die tatsächliche Komplexität hinsichtlich des Geschlechts, der Biologie inbegriffen, zunehmend wahrgenommen und anerkannt. Als Kommunist_innen gehen wir davon aus, dass eine materialistische Position zu Geschlecht weder ausschliesslich im Bereich des Biologismus, im Sinne einer Reduktion von Geschlecht auf biologische Tatsachen, noch der rein subjektiven Identitätszuschreibung angesiedelt werden kann. Es gibt für uns keine Natürlichkeit ausserhalb soziohistorischer Verhältnisse. Es gibt keine «ursprüngliche Form von Sexualität/Geschlecht», Geschlecht ist und war immer Ausdruck der gesellschaftlichen Bedingungen. Wir sehen Geschlechtlichkeit im Wesentlichen als soziale Realität und als Ausdruck der herrschenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse.

Deshalb geht es uns in der Essenz unserer Position für eine kommunistische Perspektive um die Schaffung von Bedingungen, die eine vielfältige und selbstbestimmte Gestaltung von Geschlecht ermöglichen. Dazu nötig sind aber weit mehr als individuelle Sprengungen der Normen, vielmehr geht es um die Veränderung jener gesellschaftlichen Verhältnisse, die zur bestehenden zwanghaften Zweigeschlechtlichkeit führen. Es geht nicht um eine Negierung von Geschlecht, sondern um die Abschaffung der Hierarchisierung und Normierung von Geschlecht, um die Abschaffung der patriarchalen Herrschaft, um die Abschaffung der damit verbundenen Arbeitsteilungen und Wertungen, der Heteronormativität und bürgerlichen Kleinfamilie als Norm oder Zwang. Wir wollen, dass Geschlecht keine Rolle mehr spielt.

[1] LGBTIQ+ Personen: steht auf englisch für lesbian, gay, bisexual, trans, intersexual und queer (das + signalisiert, dass die Aufzählung unvollständig ist)

ARBEITSKAMPF

«Was es braucht, ist eine Kultur des Widerstandes»

Verschärfte Gesetze im Ausländer_innenrecht setzen Beschäftigte im Niedriglohnsektor unter immensen Druck. Die Kultur der Angst kann überwunden werden – wenn auch in kleinteiligen Schritten. Wir haben mit Paul (Name geändert) darüber gesprochen und uns bei Aktivist_innen umgehört.

Aktivist_innen warten auf das Ende der Verhandlung

(az) «Seit fast zwei Jahren ist der Druck riesig» sagt Paul. Er und seine Frau besitzen die Aufenthaltsbewilligung B. Beide leben seit wenigen Jahren in der Schweiz, stammen aus Spanien und wohnen in einer Zürcher Gemeinde im Limmattal. Zu Beginn der Corona-Krise verlor Paul seine Stelle als Küchenhilfe und arbeitete fortan temporär in verschiedenen Betrieben der Reinigungsbranche sowie der Gastronomie. Mehrfach sah er sich gezwungen, das Temporärbüro zu wechseln, weil ihm die vorherigen Vermittelnden mangels Beschäftigungsmöglichkeiten keine Arbeit mehr anbieten wollten. So wie Paul geht es derzeit vielen: Wer die Aufenthaltsbewilligung B besitzt, ist faktisch auf eine Arbeitsstelle angewiesen, um in der Schweiz bleiben zu dürfen. Verschärft hat sich die rechtliche Situation am 1. Januar 2019 mit dem neuen «Ausländer- und Integrationsgesetz»: Seither ist es dem Staat möglich, auch Menschen mit der formal besseren Niederlassungsbewilligung C wegen Sozialhilfebezug auf eine Aufenthaltsbewilligung B zurückzustufen.

Wer über eine längere Zeit mangels Beschäftigung auf die Sozialhilfe angewiesen ist, sieht sich sehr bald mit Drohungen des Migrationsamtes konfrontiert. Die Caritas spricht von 30 bis 50 Prozent der Berechtigten, die ihren Sozialhilfeanspruch nicht geltend machen, weil sie Repressionen befürchten. Und verschärft hat sich auch die arbeitsmarktliche Situation: Aufgrund der Corona-Krise sind viele Jobs in Niedriglohn-Branchen nur noch temporär oder eben gar nicht mehr zu haben.

Arbeitsmarktpolitik und Kultur der Angst

Die schweizerische Gesetzgebung hat mit den sukzessive verschärften Ausländer_innengesetzen schon Jahre vor Corona eine Kultur der Angst installiert: Menschen fürchten sich vor dem Jobverlust und der faktischen Drohung des Landesverweises. «Es herrscht eine Kultur der Angst» drückt sich Paul aus. Was strukturell dahinter steht, ist die knallharte Arbeitsmarktpolitik des schweizerischen Staates. Ein gewichtiger Teil der Bevölkerung soll in die Position gedrückt werden, jede erdenkliche Arbeitsstelle zu allen möglichen Bedingungen annehmen zu müssen. Aktuell debattiert der Bundesrat die Kürzung von Sozialhilfegeldern für Menschen, die nicht aus dem EU-Raum stammen. Mit dieser Politik können Löhne gedrückt werden, was auch Arbeitskräfte mit schweizerischem Pass zu spüren bekommen – insbesondere dann, wenn sie in Niedriglohn-Branchen beschäftigt sind.

Die Gastronomie-Branche hat sich in den vergangenen Jahren speziell dadurch hervorgetan, sich sogar um die bürgerlichen, unternehmensfreundlichen Arbeitsgesetze zu foutieren. Das medial und politisch bekannteste Beispiel hierfür ist «Candrian Catering» am Zürcher Hauptbahnhof. Doch auch kleinere Betriebe machen sich den Druck zu Nutze, der von staatlicher Seite auf ihren Angestellten liegt: Paul erzählt von Kolleginnen, die keine Kinderzulagen bekommen und gar fehlerhafte Lohnabrechnungen erhalten hätten. «Wichtig ist es, die Sprache zu verstehen und die Gesetze mehr oder weniger zu kennen, sonst machen sie mit dir, was sie wollen. Sie lassen dich in der Küche drei Tage Probearbeiten und sagen dann, sie seien nicht zufrieden gewesen. Einen Lohn für diese Arbeit siehst du nie».

Die Würde von uns allen

Viel zu selten käme es vor, dass sich Menschen in prekären Bedingungen eben doch wehren. Am 13. Januar dieses Jahres gelang es zwei ehemaligen Küchenhilfen, mit Unterstützung von Aktivist_innen ihre Forderungen von mehr als 30'000 Franken Lohnnachzahlungen durchzusetzen. Es war dies nicht das erste Mal in den letzten Jahren, dass in Zürich ein Erfolg auf diesem Terrain gelingen konnte. Weil viele Betriebe auf das Nichtwissen ihrer Angestellten hoffen, führen die Prozesse der Selbstermächtigung nicht selten auf individuelle Weise vor das Friedens- oder das Arbeitsgericht. Das entspricht nicht den gängigen Typisierungen von Arbeitskämpfen. Aber Klassenkampf bedeutet auch, dass sich das Bewusstsein in kleinteiligen Schritten vollzieht. Darauf angesprochen meint Paul zum Abschluss: «Was es braucht, ist eine Kultur des Widerstandes, eine Kultur der Solidarität. Es geht um die Würde von uns allen». Es ist dies eine sehr klassenbewusste Aussage.

LITERARISCHER FRAUENKAMPF

8. März ist alle Tage! Eine Kurzgeschichte.

(agf) “Ou nei, schowieder überegheit”. Günesh kippt die flockige Masse in den Abfluss und schmeisst die leere Milchpackung in den Güsel. Scheiss Foodwaste – Also vor dem Dienst noch schnell irgendwo ein Sandwich holen. Günesh schwingt sich aufs Rad, hält beim 24h-shop und logged sich noch schmatzend in die Uber-Eats-App ein. Zweimal Pizza gleich ums Eck – easy.

Günesh schlurft die letzten Stufen hoch und schnauft. “32.50. Mit Twint, oder?” Günesh streckt Clara die Pizzakartons entgegen und klaubt das Smartphone aus der Jackentasche. “Scheisschalt da, nödmal churz ufwärme chamer sich”. Clara zuckt mit den Schultern “Ha de Verwaltig scho drümal es Mail gmacht, dass im Huus D'Heizig nöd lauft..., aber ja, isch sicher chalt mitem Velo bi dere Jahreszit – mis E-velo staht sitem Oktober im Chäller.” Sie stolpert mit Lumi unter dem Arm geklemmt ins Bürozimmer und kommt mit ihrem Smartphone zurück. Das fängt sogleich an zu klingeln “Ou shit, min Chef, ich muss schnell abnäh, sorry”. Günesh guckt angepisst, das wird wohl ein paar Strafpunkte beim Algorithmus geben. “Klar, ich chan de Punkt no bi de Offerte ergänze du hesch no vor Mitternacht de überarbeiteti Entwurf für Shanghai”. Clara legt auf, scheiss Flexibilisierig, schaut zerknirscht und führt die Transaktion über Twint durch. Günesh rumpelt die Treppe runter.

Emil und Silvio kommen aus dem Zimmer gerannt und stürzen sich auf die Pizza. Clara stellt den TV ein, kaut an einem Stück Pizza während sie versucht, Lumi zu überzeugen, den selbstgemachten Pastinaken-Brei aufzunehmen. Lumi weint und schmatzt und die dicken Tränentropfen mischen sich mit dem eingetrockneten Schnudder rund um das entzündete Näschen. Auf dem Kinderprogramm rettet gerade irgendein Prinz eine Prinzessin in einem unbequemen Kleid und Stöckelschuhen vor einer fünfköpfigen Schlange mit Hängebrüsten und Damenbart, nicey Rollebilder womer da vermittlet bechunt... Da klingelt es wieder. Günesh steht vor der Tür. “Scheisse, mis Velo het en Platte, wenn ich etz uschecke, denn kickt mi de Algorithmus wieder usem Gold-Status” “Oje shit. Also nimm hald mis E-Velo”. Sie ziehen die Wohnungstür hinter sich zu.

Als Günesh abgedüst ist, setzt sich Clara vor den Laptop und arbeitet an der Offerte. Emil kommt ins Büro “Mami, isch das en Ma oder e Frau gsi?”, Clara: “Mensch Emil, ich wett die Person etz nöd falsch läse. Ich erchlär dir es anders Mal Nonbinarität und patriarchali Gschlechterbilder – aber etz bring bitte Lumi is Bett und butz der dZäh”. Unterdessen ist Marco nachhause gekommen, kommt zu Clara rein, küsst sie sanft auf die Wange “Nei, was het der din Chef wieder inetruckt? Du sötsch doch dehei nöd schaffe“, “Hmm.. hm..” antwortet Clara und tippt weiter. Breili mache, Esse bsorge und Füdli butze isch ja nöd schaffe... LOL. “Was hesch gseit? sorry han nöd aneglost... Du ich han grad im Bus zuefällig s'Sigethalers troffe und han denkt, ich chönt mal wieder choche, was meinsch zumne Poulet negste Sunntig, sie hend gseit, sie chömed gern mal verbii” plaudert Marco und schaut Clara erwartungsvoll an. Clara nickt abwesend, murmelt irgendwas Bestätigendes, tippt weiter während Marco das Zimmer schon wieder verlassen hat.

Um Viertel vor zwölf klappt Clara ihren Laptop zu und stürchelt aus dem Zimmer. Marco ist vor dem TV eingenickt. Sie räumt die Pizzakartons und das leere Weinglas weg als die Klingel summt.

Günesh und eine zweite Person mit diesem würfelförmigem Rucksack stehen im Treppenhaus. “Ich han s'Velo wieder in Chäller gstellt, mini Schicht isch zwar nonig fertig aber – das isch übrigens d'Ramona – und ebe, mir sind mit eusne Velos zemeputscht, ich begleite sie etz no id Permanence”. Ramona nickt erschöpft und hält ihr Handgelenk. Clara bringt ihr ein Coldpack. Scheiss Arbetsziite, scheiss prekäri Arbetsmodell! Ziit für de Kommunismus z'kämpfe. Clara zieht ihren Mantel über: “Weisch was, ich begleite eu, bruch eh grad chli Abstand vo da”.

Mit:

Clara Zetkin 1857 – 1933: Teil des revolutionär-marxistischen Spartakusbundes und wichtigste Initiatorin des internationalen Frauenkampftages 8. März

Shehid Günesh: stellvertretend für alle Märtyrer_innen der kurdischen Freiheitsbewegung

Comandanta Ramona 1959 – 2006: Eine Anführerin der Zapatista-Rebellion und Kämpferin für die Rechte indigener Frauen

ARBEITSBEDINGUNGEN

Schlimmer als nichts tun

Der bürgerliche Staat lässt die Angestellten im Gesundheitsbereich in den Wellen stehen. Weder Bonis noch Ausbildungsoffensiven täuschen über die fundamentalen Schwierigkeiten des staatliches Handelns im am meisten geforderten öffentlichen Bereich der letzten Jahre hinweg.

Der Staat versagt, also müssen sie es in die eigenen Hände nehmen.

(az) Die Coronapandemie hat massive staatliche Eingriffe in die kapitalistische Produktion mit sich gebracht – Schliessungen, verordnete Schutzmassnahmen oder Hilfsprogramme. Der Staat hat auch erheblich in den reproduktiven Sektor, vor allem ins Gesundheitswesen eingegriffen. Dies hat logischerweise auch Konsequenzen für die Angestellten in diesem Bereich. Oft wird kritisiert, der Staat habe nichts getan. Das stimmt nicht ganz. Der Staat hat zwar praktisch nichts für das Personal getan, doch sehr wohl gehandelt. Welche Massnahmen wurden ergriffen? Eine Auslegeordnung:

Aussetzung Ruheregelungen

Eine der ersten staatlichen Reaktionen im Frühling 2020 war die Aussetzung der Arbeits- und Ruhezeitenregelungen für das Gesundheitspersonal: Eine Blankovollmacht für die Spitäler. Diese erste Reaktion kann noch mit der grossen Unsicherheit in Bezug auf die medizinische Situation erklärt werden. In den ersten Monaten war noch Vieles aussergewöhnlich: Die Bevölkerung klatschte und sang auf den Balkonen, Masken wurden nicht empfohlen, weil nicht verfügbar, die Polizei patrouillierte im öffentlichen Raum noch intensiver auf der Suche nach Menschenansammlungen von mehr als fünf Personen. Der damalige Entscheid des Bundesrates hatte trotzdem Symbolkraft: Mit den gleichen Vollmachten hätten auch Massnahmen zu Gunsten des Personals eingeführt werden können.

Auch keine Zückerchen fürs Personal

Ab dem Sommer 2020 kamen erste Forderungen nach Boni fürs Gesundheitspersonal auf. Diese flossen in einigen Kantonen in die Budgetdebatten Ende Jahr ein. Im Kanton Waadt wurden diese bewilligt, die Kosten für diese Prämien belaufen sich auf ca. 15 Mio. Franken. In der Stadt Zürich wurden rund 5 Millionen für besonders betroffenes Personal gesprochen. Im Frühjahr 2021 sprach auch der Kanton Basel Stadt 5 Millionen. Auch in Schaffhausen und Freiburg wurden knausrig ausgestattete Boni gesprochen.

Im Kanton Zürich zeigte sich der Staat und sein parlamentarischer Zirkus von seiner «besten» Seite. Sowohl SP, AL und EVP, wie auch die SVP reichten je einen Antrag ein. Während sogar die SVP Angestellten mit weniger als 75'000 Fr. Jahreslohn je 500 Fr. in «Naturalgeschenken» überreichen wollte, wollte der reformistische Vorschlag 0,2% der Lohnsumme, rund 9 Mio. Fr. sprechen. Beide Anträge wurden deutlich abgelehnt. Das ist angesichts der politischen Machtverhältnisse im Kanton nicht überraschend. Interessant und besonders zynisch waren hingegen die Argumente, mit denen die Anträge abgelehnt wurden. Diese gleichen sich über alle Debatten in den Kantonen und Städten hinweg und verdeutlichen einmal mehr, mit welchen Techniken der Staat Verbesserungen für das Gesundheitspersonal verhindert.

Die rechten Parteien entdeckten zum Beispiel plötzlich die Gerechtigkeit für sich: So sei es ungerecht, die Leistungen des Gesundheitspersonal zu honorieren, während andere Berufsgruppen mit aussergewöhnlichen Leistungen nicht berücksichtigt würden. Das Gesundheitspersonal hätte eine Job-Garantie, während andere um ihre Anstellung fürchten müssten, das sei Belohnung genug. Des Weiteren – und da bestätigt sich der Auslagerungs- und Privatisierungswahnsinn selbst – seien die Kantone und Gemeinden in den meisten Fällen gar nicht Arbeitgeber_innen des Gesundheitspersonals und hätten somit gar nicht die Befugnis und Verantwortung um Boni zu zahlen.

Eine andere Argumentation beklagte, dass es für solche Boni keine rechtliche Grundlage gäbe. Das sahen sogar die Grünen im Zürcher Kantonsrat so und lehnten den Antrag von SP, AL und EVP ab. Dass der Kantonsrat als legislatives Organ mit Budgethoheit eine solche Grundlage durchaus schaffen könnte, versteht sich von selbst. Der Regierungsrat scheint es in anderen Fällen mit den gesetzlichen Grundlagen nicht so ernst zu nehmen, das zeigte er jüngst bei der Verrechnung von Spitalkosten an die Heimatkantone von in Zürich behandelten Covid-Patient_innen. Dort liess er die Spitäler im Glauben, es sei rechtens Rechnungen an andere Kantone zu stellen.

Private profitieren

Boni ans Personal wurden also kaum ausbezahlt. Doch wurde durchaus sehr viel Geld ausgegeben. Dieses ging im Kanton Zürich beispielweise wenig überraschend an private Gesundheitsfirmen. Vom Impfen über Testzentren, Pooltesting und Labore bis hin zum Contact Tracing – die rationalisierbaren und somit relativ «rentablen» Tätigkeiten wurden zu einem grossen Anteil in die Hände von Privaten gegeben, während die öffentlichen Spitäler die Knochenarbeit der Behandlung stemmen müssen, Wahleingriffe aussetzen und danach wieder aufholen müssen. Damit setzt sich der Trend zur Privatisierung im Gesundheitswesen fort und wird durch die marktwirtschaftliche Vergabe von medizinischen Dienstleistungen noch verstärkt.

Pflegeinitiative

Schon 2017 eingereicht, wurde die Pflegeinitiative zum Hoffnungsschimmer für den medizinischen Bereich. Mit unzähligen getragenen Buttons symbolisierten die Angestellten ihre Unterstützung. In einigen Spitälern verbot die Direktion daraufhin das Tragen von Buttons. Auch in der Bevölkerung hatte das Anliegen viele Sympathien und wurde schliesslich mitten in der Delta-Welle mit einem hohen Anteil Ja-Stimmen angenommen. Die Initiative forderte eine verstärkte Ausbildung, eine bessere Abrechenbarkeit von Pflegeleistungen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Nach der Annahme muss der Bundesrat nun Vorschläge zur Umsetzung einbringen. Dieser nutzte schon bei der Initiative den Spielraum, um einen zahnlosen Gegenvorschlag zu präsentieren, der die Anstellungsbedingungen aussen vorliess und für Pflegeleistungen eine Kostenbremse einführen wollte. Anfang Januar kam dann der bundesrätliche Vorschlag zum weiteren Vorgehen: Die Ausbildungsoffensive sollte, wie auch im Gegenvorschlag schon vorgesehen, unverzüglich angegangen werden. Dies erstaunt, nachdem der Bundesrat im Abstimmungskampf betonte, mit Annahme der Initiative dauere die Umsetzung viel länger. Die Arbeitsbedingungen und die Abgeltung von Pflegeleistungen hingegen werden auf die lange Bank geschoben, weil zuerst die «Verantwortlichkeiten» geklärt werden müssen.

Klare Aufteilung, aber keine Verantwortlichkeit

Verantwortlichkeiten sind ein wichtiges Stichwort: Gesundheitspolitik ist eigentlich Kantonssache. Die Kantone haben in der Regel eigene Spitäler inklusive Personal, sie legen in der Spitalliste fest, wer welche Eingriffe anbieten darf und die Arbeitsbedingungen des Personals ist auch in ausgelagerten und privaten Spitälern eine Referenz, obwohl diesen gerne von den Kantonen die Verantwortung für die Anstellungsbedingungen zugeschoben wird.

Der Bund legt hingegen Gesetze für die Finanzierung fest und definiert in der Bildungspolitik Fragen des Nachwuchses. Kantone und Bund schieben sich nicht nur in Fragen der Schutzmassnahmen die Verantwortung hin und her, sondern auch in Bezug auf die Anstellungsbedingungen des Personals. Während des Abstimmungskampfes zur Pflegeinitiative berechnete der Verband der Pflegenden SBK, dass während der Corona-Pandemie schon 10 bis 15% des Personals auf den besonders beanspruchten Abteilungen den Beruf gewechselt hatte, weil die Arbeitsbedingungen krank machten und nicht mehr auszuhalten seien. Das hatte und hat logischerweise auch Auswirkungen auf die Anzahl Intensivpflegeplätze in den Spitälern. Der Bund möchte nun die Fallpauschale einer Covid-Intensivbetreuung erhöhen, um finanzielle Anreize für die Spitäler zu schaffen ihre Intensivplätze zu erhöhen. Mehr nicht. Ein Hohn für alle Angestellten.

Auf dem Weg in die Klassenmedizin

Die Covid-Krise ist also nicht nur eine medizinische Krise sondern im medizinischen Bereich auch eine Krise des staatlichen Handelns, weil auch das staatliche Handeln die gesellschaftliche Reproduktion gefährdet. Die Konsequenzen dieses Handelns bekommen nicht nur die Angestellten zu spüren, sondern sie werden sich mittelfristig auch in der Behandlungsqualität für die Bevölkerung widerspiegeln. Der Personalmangel soll sich laut einer Studie des Pflegeverbandes SBK weiter zuspitzen, so dass 2030 rund 70'000 Angestellte fehlen. Fehlendes und falsches staatliches Handeln in Bezug auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten ist demnach auch die Grundlage für die Knappheit der medizinischen Versorgung. Diese Knappheit wird wiederum den Klassencharakter der Medizin verstärken, weil vermögende Personen dann fehlende öffentliche Versorgungen mit privaten Dienstleistungen kompensieren.

Diese Auslegeordnung verdeutlicht auch, wie politisch gewollt die Situation der Angestellten im medizinischen Bereich ist. Einzelne betriebliche Kämpfe können die Arbeitsbedingungen punktuell verbessern, Gesamtarbeitsverträge können auch über Spitäler hinweg Standards setzen, doch die Zuständigkeiten sind so verknüpft miteinander, dass es auch nüchtern betrachtet nicht ohne einen fundamentalen Umbau, ohne Care-Revolution geht.

Rote Welle
LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monates

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

Bäche und Flüsse wie der Birsig in Basel, hier 1886, dienten der Wasserversorgung und der Entsorgung zugleich.

HYGIENE

Mit individueller Verantwortung gegen die Seuche

Das Konzept der Hygiene kam im 19. Jahrhundert auf und fand besonders anlässlich von Epidemien grosse Verbreitung.

(rabs) Seit der Pandemie ist wieder vermehrt von Hygiene die Rede, ein Konzept, das vorher durch seine Alltäglichkeit kaum Thema war. Doch woher kommt unsere heutige Auffassung von Hygiene?

Was wir als hygienisch betrachten und welche Handlungen – wie Händewaschen – in welchen Situationen als normal erscheinen, unterliegt ständigen Veränderungen und wird gesellschaftlich ausgehandelt. Dabei spielen auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle, so nützt es beispielsweise Seifenhersteller_innen, wenn wir uns möglichst oft die Hände waschen.

Wie viele Konzepte und Gewohnheiten unseres kapitalistischen Alltags, kommt auch das Konzept der Hygiene aus dem 19. Jahrhundert. Mitte des 19. Jahrhunderts wütete in Europa eine Cholera-Epidemie, die 1855 Basel erreichte. Hier starben 200 Menschen. Zehn Jahre später war es der Typhus, der wieder 450 Menschen das Leben kostete. Gesellschaftlich gesehen ist die Hygiene des Einzelnen nur dann wichtig, wenn damit Epidemien zurückgedrängt werden können, wenn also dadurch Ansteckungswege unterbrochen werden.

Enge Wohnverhältnisse

Im 19. Jahrhundert zogen durch den Strukturwandel – Verarmung der ländlichen Bevölkerung und Arbeitsmöglichkeiten in den Fabriken – die Menschen massenweise in die Städte. Basel zählte zum Beispiel um das Jahr 1800 15.000 Einwohner_innen, Ende des 19. Jahrhunderts waren es 100.000. Viel mehr Menschen wohnten auf dem gleichen Raum.

Während die Bourgeoise aus der Stadt zog und zum Beispiel im Gellert oder in der St. Alban-Vorstadt grosse Häuser baute, lebten die Arbeiter_innen und Handwerker_innen auf engstem Raum auf dem alten Stadtgebiet. Da es zu wenig Wohnraum gab, teilten sich zum Teil mehrere Familien eine Wohnung. Es wurden nicht nur Zimmer, sondern sogar Bettplätze untervermietet. So konnte es sein, dass eine Magd oder eine Tochter mit einer Mieterin, zeitgenössisch «Kostgängerin», das Bett teilen musste.

Dazu kam, dass die Infrastruktur in der Stadt immer noch der einer mittelalterlichen Stadt entsprach. Es gab keine Kanalisation, die Abwässer flossen durch die Strassen in den nächsten Graben, Kanal oder Bach und dann weiter in den Rhein. Der Birsig war, bis er Ende des 19. Jahrhundert eingedolt wurde, von Häusern gesäumt, deren Toiletten direkt in sein Wasser führen. Auch diverse Schlachtereien entsorgten da ihre Abfälle. Weiter unten, dort wo heute die Gerbergasse liegt, flossen die Abwässer und Abfälle der Gerbereien dazu. Der auch «Cloaca maxima» genannte Bach wurde 1868 vom Gesundheitsbeamten der Stadt Friedrich Göttisheim in einer Rede als «ein wüstes Chaos aller möglichen Ruinen» beschrieben, «sein Wasser in den beiden Rinnsalen [sei] eine trübe, seichte und ekelhafte Flut».

Wissenschaft

Das Wissen, wie gegen Epidemien vorgegangen werden könnte, war eigentlich vorhanden. Dass Kranke und potentiell Kranke isoliert werden müssen, weil sie andere anstecken können, war schon im Mittelalter bekannt. So mussten ankommende Schiffe zu gewissen Zeiten vierzig Tage vor dem Hafen warten, damit sich Symptome entwickeln konnten und so kranke Mitglieder der Besatzung erkannt werden konnten. Vom Französischen für diese vierzig Tage, «une quarantaine de jours» kommt auch der Ausdruck «Quarantäne». Ausserdem wurden Pestkranke in ihre Häuser eingesperrt, was dann aber den ungünstigen Effekt hatte, dass Kranke ihre Symptome verheimlichten – das erinnert uns an die aktuelle Pandemie. Die Infrastruktur der Stadt – Kanalisationen, fliessendes Wasser, genügend bezahlbaren Wohnraum – hätte ausgebaut werden müssen. Dies wurde zum Teil auch gemacht. Das Bürgertum versuchte jedoch vor allem, die Einzelnen in die Pflicht zu nehmen. So wurde den Arbeiter_innen die Schuld an den Epidemien zugeschoben, weil sie zu wenig hygienisch wären, sich zum Beispiel zu wenig wuschen. Die meisten Arbeiter_innen hatten jedoch gar keine Möglichkeit, sich öfters zu waschen, weil sie keine Badezimmer hatten und es in Basel nur wenige öffentliche Bäder gab. Diese «Brausebäder», in denen Duschen oder Badewannen benutzt werden konnten, waren kostenpflichtig und nicht immer von hervorragender Sauberkeit.

Wie heute

Die Individualisierung der Verantwortung ist eine weitere Parallele zur aktuellen Covid-19-Pandemie: Der Staat und das Bürgertum versuchten in den meisten Fällen, die Verantwortung für die Bekämpfung der Pandemie auf die Individuen abzuschieben. Es sind selbstverständlich nicht die Industriellen im 19. Jahrhundert, die für mehr Hygiene sorgen sollen. Und heute betreffen die Einschränkungen in den allermeisten Fällen den privaten Bereich und die Freizeit. Wohl auch um die Arbeiter_innen in die Verantwortung zu nehmen, schrieben Angehörige der herrschenden Klasse nach den Epidemien im 19. Jahrhundert «Ratgeber», in denen sie ein übles Bild der Wohnverhältnisse der Arbeiter_innenklasse zeichneten und auftretende Krankheiten nicht nur auf mangelnde Hygiene und Sauberkeit, sondern auch auf enge Wohnverhältnisse und zu wenig frische Luft schoben. Dass sich die meisten keine grössere Wohnungen leisten konnten, weil der Lohn das nicht erlaubte, wurde geflissentlich verschwiegen.

Ein weiterer Punkt, in dem sich der Umgang mit Epidemien früher und jetzt ähnelt, ist, wie die Frauen in die Verantwortung genommen werden. In den Ratgebern des 19. Jahrhunderts wurden die Frauen angesprochen, für mehr Sauberkeit und Hygiene im Haus zu sorgen. Dies, obwohl sie genauso Lohnarbeit verrichten mussten, damit die Familie über die Runden kam. Heute läuft das indirekter, vor allem über die enorme Verantwortung, die Pflegekräfte übernehmen müssen. Und diese sind in der Schweiz zu 86% weiblich. Auch die zusätzliche Kinderbetreuung, die anfällt, wenn Kitas und Schulen geschlossen werden, wird überwiegend von Frauen gestemmt.

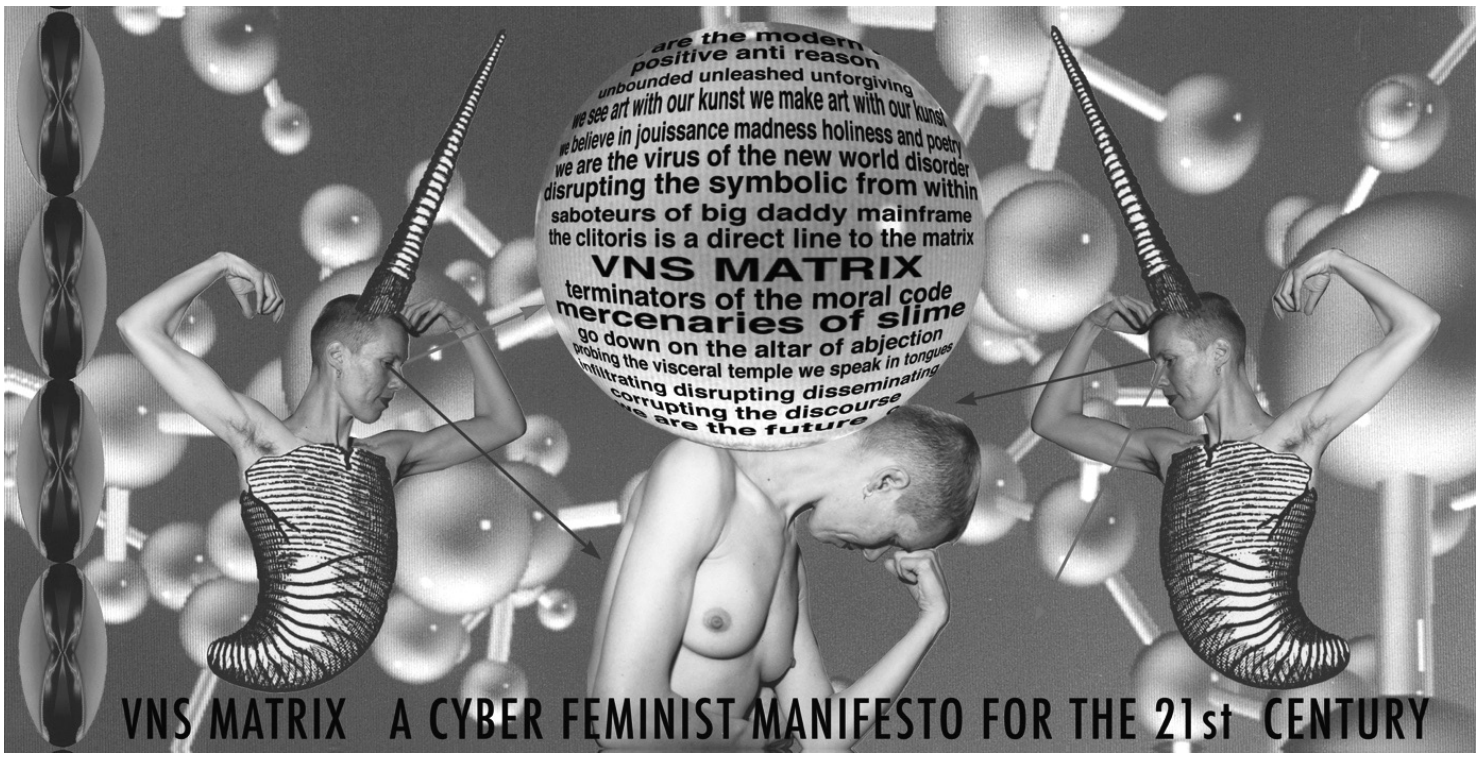
Gewisse Veränderungen musste die Stadtverwaltung im 19. Jahrhundert dennoch vornehmen. So wurde nach der Cholera-Epidemie von 1855 eine tägliche Müllabfuhr und Ende des 19. Jahrhunderts eine Kanalisation eingerichtet, die auch den Birsig beinhaltete, der eingedolt wurde. Mit der Zeit wuchs auch der Standard, der an Wohnungen gestellt wurde, was sich jedoch immer auch in den Mietzinsen niederschlug: Noch heute sind die billigsten Wohnungen die, die über kein eigenes Badezimmer verfügen.

MERKE

Die Frau auf dem Bild beobachtet in Zürich eine Besammlung der 8. März Demo.

Der Filmdienst bewegt sich möglichst unauffällig und liefert die Bilder direkt in die Einsatzzentrale.

FW Peter Leuenberger ist Teil der sogenannten Geahrenabwehr und Einsatzstruktur der Stapo Zürich. Sein Fachbereich ist Ermittlung und er verschickt oft vergebens Vorladungen, damit er sich ein direktes Bild machen kann. In den Kübel mit dem Wisch.



VNS Matrix: Cyberfeminist Manifesto (1991)

CYBERFEMINISMUS

«Die Klitoris ist eine direkte Verbindung zur Matrix»

Mit dem Erstarken der feministischen Bewegungen steigt auch wieder das Interesse an der Auseinandersetzung am Verhältnis von Geschlecht und Technologie. Der wichtigste kulturelle Anknüpfungspunkt hierfür bildet noch heute der in den 90er-Jahren entstandene Cyberfeminismus. Ein Rückblick.

(az) Unabhängig voneinander kamen 1991 die britische Philosophin Sadie Plant und das australische Kunstkollektiv VNS Matrix mit dem Begriff ‚Cyberfeminismus' auf. Plant legte in ihren Aufsätzen einen etwas theoretischeren Zugang. Mit Verweis auf Luce Irigaray betonte sie die «seit langem bestehende Beziehung zwischen Informationstechnologie und Frauenbefreiung», die im Cyberfeminismus als Allianz «zwischen Frauen, Maschinen und der neuen Technologie, die von Frauen genutzt wird» mündet. VNS Matrix hingegen vertrat in ihrem ‚Cyberfeminist Manifesto' (1991) einen künstlerischen Zugang, um «die Cyberkultur mit feministischer Ausrichtung neu zu gestalten». In beiden Ansätzen ging es letztlich aber um dieselbe Frage, wie man sich die Computertechnologien aus feministischer Position aneignen kann.

Die aus Josephine Starrs, Julianne Pierce, Francesca da Rimini und Virginia Barratt bestehenden VNS Matrix nutzte dafür zu Beginn bekannte AgitProp Methoden. Ihr in Gedichtzeilen gehaltenes Manifest publizierten sie erst als Poster. Später zirkulierte es auf online Foren und IRC Chats, bevor es auch in Büchern abgedruckt wurde. Dabei setzte VNS Matrix den ‚Technocowboys' und ihrer patriarchalen Macht innerhalb der Computerkultur und -industrie eine neue Verbindung von Weiblichkeit und Cyberspace entgegen. Statt der phallischen Jack-In-Metaphorik steht der weibliche Körper im Zentrum des Netzes. «Die Klitoris ist eine direkte Verbindung zur Matrix», so heisst es dazu prägnant im Manifest.

Dieser Fokus auf das Thema Geschlecht beziehungsweise dessen Auflösung prägte auch die folgenden Werke von VNS Matrix, beispielsweise das dem Manifest folgende zweite Projekt ‚All New Gen' (1992). Dieses sollte ein «nicht-binäres Computerspiel für Frauen» sein, so der spätere Projektbeschrieb. Das Spiel entwickelte sich von Ausstellung zu Ausstellung weiter, sodass es sich am Ende weniger um ein tatsächliches Game handelte, sondern eine Reihe interaktiver Kunstinstallationen, in der man sich durch eine Point and Click Abfolge klicken konnte.

Wohl wichtiger als die interaktiven Spielelemente war die darüber hinausführende Botschaft, dass man sich aus antipatriarchaler Perspektive neue Technologien aneignen kann. Dabei bildet der Cyberspace den zentralen Raum der Auseinandersetzung. Zwar erscheint dieser als eine «umstrittene Zone», in dem die Deutungshoheit von verschiedenen Seiten eingefordert und dessen Machtzentren noch vom patriarchalen Unternehmen besetzt wird. Beim richtigen Ausgang des Kampfes der all New Gen bildet der Cyberspace jedoch zugleich die Basis für einen radikalen gesellschaftlichen Wandel, bei dem mit dem bisherigen Moralkodex und der patriarchalen Geschlechterordnung gebrochen wird. Für VNS Matrix wurde der Cyberspace dadurch zu einem Ort, in dem «das Geschlecht ein austauschbares Wort aus sechs Buchstaben» wird und «die Macht nicht mehr in einer bestimmten Organisation konzentriert ist».

Die Entpolitisierung einer politischen Frage

Der wichtigste Bezugspunkt dieser Vorstellungen bildete Donna Haraway, die in ihrem ‚Cyborg Manifest' (1985) ein wirkungsmächtige Kritik an einer falschen «Dämonisierung von Technologien» formulierte. Lösen sich menschliche und maschinelle Körper ineinander auf, so die etwas vereinfachte Wiedergabe von Haraways Thesen, dann besteht die Möglichkeit, dass sich auch feste, an Körper gebundene Identitätskonzepte auflösen, worin zugleich das transformative und antihierarchische Potenzial neuer Technologien liegt. Haraway ging es dabei stets sowohl um die konkreten Technologien als auch um deren kulturelle Vorstellungen, wie sie beispielsweise in Science Fiction Werken imaginiert werden. Entgegen den sehr optimistischen Befunden von den späteren Cyberfeminist_innen war sich die marxistisch geschulte Haraway allerdings bewusst, dass sich das emanzipatorische Potenzial nicht einfach umsetzen liess und dass es ebenso ein mögliches Verwertungsinteresse durch das Kapital gibt.

Haraways kritischeres Verhältnis zur Produktivkraftentwicklung verlor sich in den ersten Jahren des Cyberfeminismus zunehmend. Für Plant beispielsweise wurden die neuen Technologien zur Grundlage gesellschaftlicher Veränderung. Entsprechend bildete der Cyberfeminismus für sie kein politisches Projekt, sondern vielmehr einen Ausdruck eines technologischen Wandels, der sich in den neuen Computer- und Cyberspace Technologien manifestiert. So glichen Plants Vorstellungen zunehmend den neoliberalen Träumen der Dotcom-Manie. Was damit gemeint ist, zeigt sich beispielsweise in der von Plant aufgebrachten Hypothese, dass die technologische Entwicklung in Verbindung mit der Globalisierung des Kapitals im Süden zu einem Untergraben bisheriger Machtverhältnisse führe, von der Frauen besonders profitieren – eine Prophezeiung, die sich als falsch herausstellen sollte.

Cyberfeminismus mit Klassenstandpunkt

Diese Entpolitisierierungstendenz des frühen Cyberfeminsmus wurde allerdings auch früh kritisiert. Einige Kritikerinnen erkannten in Plants Schriften eine Analogie zur postmodernen Vorstellung des ‚Endes der Geschichte'. Andere kritisierten den fehlenden Bezug zur Klasse und begannen zwischen einem liberalen und einem radikalen Cyberfeminismus zu unterscheiden. Ersterer folgt einem naiven Technikglaube. Letzterer bezieht sich auf die realen Erfahrungen und bemerkt dadurch, dass der Cyberspace nicht einfach utopischer Raum ist, sondern sich darin aus der Realität bekannte Phänomene wie Belästigung, patriarchale Dominanz oder auch Verwertungsmöglichkeiten intensiviert wiederholen können. Als Folge dieser Kritik entstanden Mitte der 90er-Jahre unter anderem ‚separatistische', sich an der Riot Grrrl Bewegung orientierende Ansätze wie die cyberfeministische Mailinglisten, die «Grrrl sites», das heisst Webseiten von Frauen für Frauen, oder eine Vielzahl von neuen Zines.

In eine etwas andere Richtung ging die in Paraguay geborene und in den USA wirkende cyberfeministische Künstlerin Faith Wilding. Als Kritik an der Entpolitisierung schlug sie vor, sich stärker an den politischen Erfahrungen des Marxismus und des Feminismus zu orientieren. Daraus sollte eine kritischere Welle des Cyberfeminismus entstehen, die nicht bei den apolitischen und affirmativen Technologie-Träumereien stehen bleibt und der den kapitalistischen Rahmen oder den repressiven Nutzen der neuen Kommunikationstechnologien mitdenkt. Als Umsetzung dieser Forderung gründete Wildings zusammen mit Hyla Willis 1998 das cyberfeministische Kunstkollektiv ‚subRosa', das sich, so das Gründungsmanifest, auf die verschiedenen Rosas bezog, beispielsweise Rosa Bonheur, Rosa Luxemburg, Rosie the Riveter, Rosa Parks und Rosie Franklin. Daraus entstanden vor allem nach der Jahrtausendwende künstlerische und textliche Interventionen zu Themen wie Überwachung, Militarisierung, Körper, Migration und Arbeit.

Cyberfeministischer Science Fiction

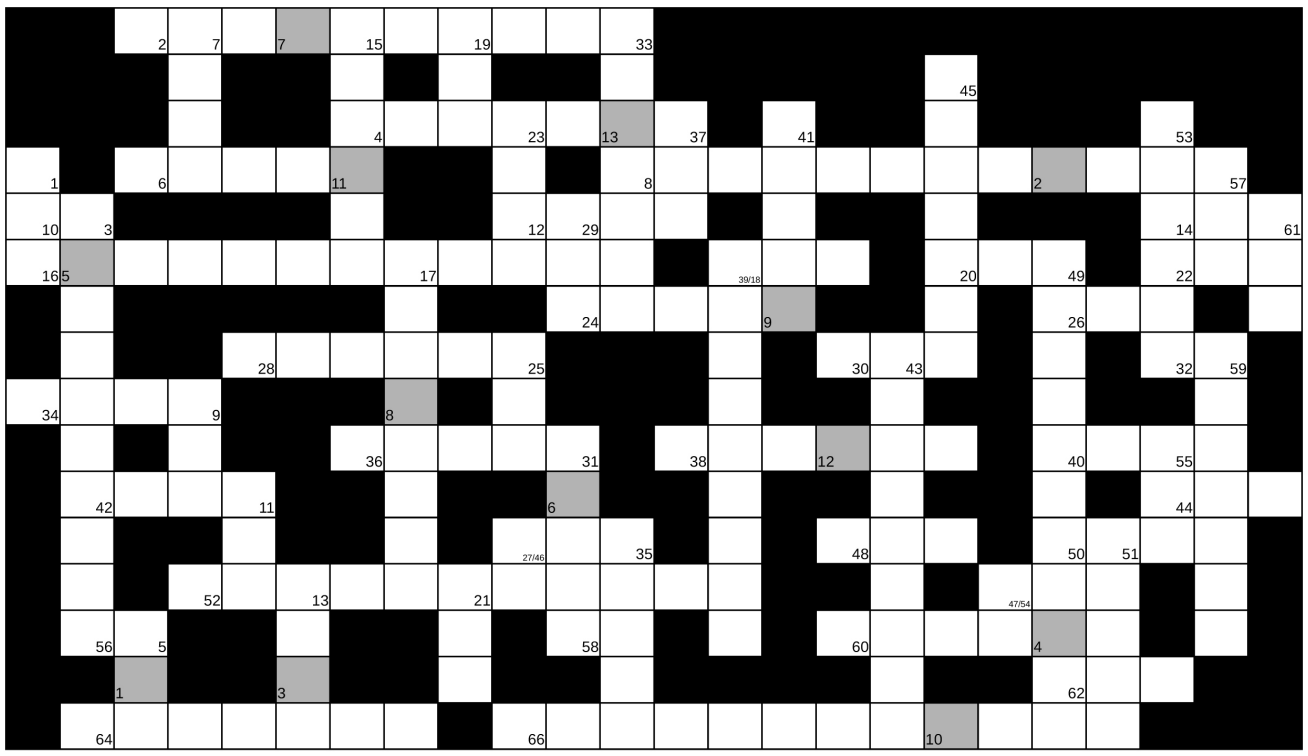
Die Diskussion um die Ausrichtung des Cyberfeminismus spielte sich auch in der Literatur ab. Während in den 90er-Jahren eine Vielzahl cyberfeministischer Science Fiction Werke entstanden, die eine ähnliche Position wie Plant oder VNS Matrix vertraten, gab es auch einige Gegenentwürfe, die einen kritischeren Cyberfeminismus mit Klassenstandpunkt entwarfen. Ein Beispiel hierfür ist Marge Piercys ‚Er, Sie und Es' (1991). Der Roman spielt im Jahre 2059 in einem postapokalyptischen Amerika. Beherrscht wird dieses von 23 agierenden Grossunternehmen. Daneben existiert ein von Boston bis Atlanta reichender Slum (der ‚Glop'), der Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, und einer Reihe von freien Städten, die sich zusammen mit dem Glop gegen die Macht der Multis wehren.

Die weiblichen Protagonistinnen sind neuen Technologien nicht abgeneigt. Die freie Stadt Tikva baut beispielsweise einen Cyborg, der sie schützen soll. Und deren führende Figuren, die zugleich die Protagonistinnen des Romans bilden, nutzen den die Welt umspannenden Cyberspace nicht nur zu Arbeitszwecken, sondern auch aus reinem Vergnügen, beispielsweise um dort sexuelle Bekanntschaften zu machen und in den virtuellen Welten nicht auf ihr Alter und ihren Körper reduziert zu werden. Zugleich allerdings werden immer wieder die Klassenunterschiede aufgebracht, die auch die Technologienutzung betreffen. Zwar kann jede_r auf das Netz zugreifen, doch nicht alle können sich den Zugang auch leisten. Und solange die Multis den Cyberspace kontrollieren, kann dieser trotz Vernetzungspotential für den Widerstand keine emanzipatorische Technologie bilden. Als Ausweg hiervon tüfteln die Glop Bewohner_innen an einem alternativen Netz von unten. So enthält die cyberfeministische Gegenmacht mit Klassenstandpunkt weder eine naive Ablehnung technologischer Entwicklung noch eine unkritische Affirmation deterministischer Technologiediskurse, sondern die klassengebundene Aneignung bestehender Möglichkeiten zur Umsetzung alternativer Entwürfe.

Im Bild

Am Strand nahe Barcelona trainiert im August 1936 eine republikanische Milizionärin das Schiessen. Im streng katholischen Spanien zeigen das Tragen von Hosen und die Frisur die revolutionäre Stimmung. Fotografiert wurde sie dabei von Gerta Taro. Sie dokumentierte mit ihrem Partner Endre Friedmann zunächst unter dem Pseudonym Robert Capa, später unter eigenem Namen, den Spanischen Bürgerkrieg. Ihre Arbeit als Fotografin verstand sie als antifaschistische Praxis. Taros Bilder sind definierend für das Genre der Kriegsfotografie. 1937 stirbt Gerta Taro im spanischen Bürgerkrieg. Ihr Begräbnis auf dem Pariser Friedhof Père-Lachaise wurde zu einer Manifestation gegen den Faschismus.

Kreuzworträtsel



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Die Zahl unten links im Feld ist für das Lösungswort, unten rechts ist für die Fragen. Ungerade Fragen sind senkrecht, gerade waagrecht.

Die Lösung des Rätsels ist zu finden auf www.aufbau.org

1 Kinderspiel oder Spielplatz für vereinte Erwachsene?
2 Grösster Inselstaat der Welt
3 Die Grossen nehmen sich die Kleinen zum Vorbild – und machen Radau! (zh)
4 Verhasster basler Staatsangestellter
5 Fortbewegungsmittel von Ausserirdischen
6 Chirurg_innen und Kriminelle leben von ihm, Primarschüler_innen hassen ihn
7 Farbe der französischen Anarchist_innen
8 Hast du Hunger so rettet sie dich, fährst du Auto nervt sie dich – an der Critical mass sieht man sich. auf s.5 verletzt sie sich das Handgelenk
9 Rechtsextreme Gruppe in Deutschland, verantwortlich für zahlreiche Morde
10 Auf diesem basler Fabrikareal kam es im Juni 2012 zu einer Verhaftung – mit monatelangen Folgen
11 Technisch begabtes Geflügel in schwarz – leider ausgestorben (zh)
12 Bedeutungslose Buchstabenfolge
13 Dringend, aktuell
14 Gemeinsam praktisch gegen den Kapitalismus!
15 Das sagst du dem Bullen nach deiner Verhaftung
16 Der Anarchas Graus, des Kommis Schmaus
17 Mächtigster Mann der Welt
18 Diese Nazis haben auch 80 Jahre danach nichts dazugelernt
19 Dachverband schweizer Lohnabhängiger
20 Auf ihre Propaganda setzen insbesondere Anarchist_innen
21 Zone à defendre de la colline
22 Gehört zum Alltag von Raucher_innen und Schachspieler_innen – wer pendelt ist ohne ihn aufgeschmissen
23 Türkisches Spassgetränk
24 Ob Kriegstreiber oder Naturschänder - sie alle sind dort herzlich willkommen
25 Haha!
26 Internationale Antirepstruktur
27 Adlige trugen das stolz in ihrem Namen
28 Ohne Pflegepersonal sind Ips-Betten
29 Englische Subkultur im Anzug
30 Liebe die Person, nicht ihr Geschlecht!
31 Pseudonym einer Napoletanerin – ihr Werk ist auf der Kulturseite zu finden
32 Internetkürzel von Schweden
33 Des Rockfans Götter, des Buddhisten Paradies (en)
34 Zapatistische Befreiungsarmee
35 Fluss und Land in Westafrika
36 Hilft gegen Kinder und gegen Schmerzen
37 Nürnberger Metallwerk, 2006 bestreikt, 2007 geschlossen
38 FABELhaft schöne Frau, begleitet die Polizei zu jedem Einsatz
39 Nicht Mann, nicht Frau
40 Schweres akutes Atemwegsyndrom (en)
41 Er hat sein Volk durchs Meer geführt – und anschliessend in Deutschland S-Bahnen besprayt
42 In Washington weiss, in Altstetten blau
43 Historische Ikone der Arbeiter_innenbewegung, Mitglied des Kegelclubs und Gründerin der sozialistischen Mädchengruppe
44 Ihre Eröffnung hat im Frühling 2015 in Frankfurt Wellen geworfen
45 Kurdischer Frauenrat (zh)
46 Strömung des Buddhismus
47 Trendy
48 Zürcher Monarch, oft auf der Bühne zu finden
49 Am 8.März stolze Trägerin feministischer Forderungen – nicht so durchsichtig wie der Name impliziert
50 Dein Vorfahre
51 Mit ihm würde keine Revolutionärin an den Sit zungstisch sitzen
52 Gruppe für einen vereinten Frauenkampftag (zh)
53 Sorgte am 14.06.19 am Central für gute Stimmung, 2021 auf dem Helvetiaplatz
54 Today we were unlucky, but remember we only have to be lucky once. You will have to be lucky always
55 Nordischer Stirnwaffenträger
56 Seit 1992 unser Nachbar
57 Schweizer Newsportal
58 Verbreitet an der Börse, im Aufbau und im Mittelland
59 Seit Jahrtausenden passé, trotzdem berufen sich einige Linke noch immer auf sie
60 An der Demo stolz dabei– in der Bar am späten Abend oft auch (plural)
61 Ziemlich gute Privatsphäre
62 Schaut der revolutionären Linken auf die Finger – mit mässigem Erfolg
64 Zuversichtlich und hoffnungsvoll – oder einfach nur krank?
66 Eine Stadt im Verfolgungswahn – oder eine feministische Buchhandlung? (zh)

INTERVIEW

«Die Dringlichkeit der Revolution muss man verstehen, sie muss und wird passieren.»

Wir haben mit zwei revolutionären Klimastreikenden über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Klimabewegung gesprochen. Was ist der Zustand der Bewegung, welche Strategien verfolgen sie und wie gehen sie mit Widersprüchen um?

Klimabewegung zwischen Reformismus und Revolution. Wohin geht der Weg?

(gpw) Wo verlaufen die Konfliktlinien zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel der Klimabewegung?

M: Die beiden Flügel mussten sich zuerst herauskristallisieren und tun dies immer noch. Zu Beginn war die Bewegung so heterogen, dass sie bis ins bürgerliche, liberale Lager hineinreichte und Leute von der GLP dabei waren. Diese sind mittlerweile aber nicht mehr präsent. Der links reformistische Teil hingegen ist immer noch sehr aktiv bzw. setzt alles auf die parlamentarische Karte. Diesen Flügel darf man auf keinen Fall unterschätzen. Durch Reibungsflächen und in den Auseinandersetzungen mit ihnen ist aber der Diskurs in Richtung eines anderen Gesellschaftsmodells vorangekommen. Das war wichtig. Dabei war es zentral, dass es innerhalb der Bewegung bereits Personen mit einem mehr oder weniger gefestigten revolutionären Bewusstsein und einer revolutionären Perspektive gab. Dadurch konnte man viele Leute für den revolutionären Flügel gewinnen. Insbesondere in der Romandie ist der revolutionäre Flügel stärker als der reformistische.

T: Die reformistischen Kräfte werden vor allem rund um Abstimmungen aktiv, wie letztes Jahr beim CO^2-Gesetz. Sie scheitern daran, eine konkrete Strategie oder Perspektive für und über den Klimastreik hinaus formulieren zu können. Die Konstanz in der Bewegung kommt von uns, dem revolutionären Flügel. Die meisten Menschen verstehen, dass es in der Klimafrage um mehr geht als um einzelne, kleine Forderungen und Errungenschaften.

Eine Parole lautet «System Change not Climate Change». Gibt es eine Debatte darüber, was den «Change», den Wechsel ausmacht? Wohin will man?

T: Im Herbst 2020 hatten wir ein nationales Treffen wo solche strategischen Fragen diskutiert wurden. Im Vorfeld gab es schweizweit verschiedene Gruppen, die sich über Systemwandel und das Funktionieren des Kapitalismus, des fossilen Kapitalismus, ausgetauscht hatten. Da wurde auch darüber diskutiert, wie wir aus diesem mörderischen und ausbeuterischen System rauskommen. Am Ende konnte eine Linie definiert werden, die sich einer Intersektionalität verschrieb und zum anderen die konkrete Organisierung innerhalb des «Strike for Future»-Zusammenschlusses ins Zentrum rückte – es wird keinen Wandel ohne Organisierung geben.

Eine der der drei Hauptforderungen des Klimastreiks neben Netto Null 2030 und Klimagerechtigkeit, ist diejenige nach der Ausrufung eines Klimanotstandes. Dies stellt eine konkrete Forderung an den Staat dar. Wie geht ihr mit dem Widerspruch zwischen dieser Forderung und eurer gleichzeitigen Bruchpositionen dem Staat gegenüber um?

T: Im erwähnten Strategiefindungsprozess sind diese Forderungen eigentlich überarbeitet worden und der Klimanotstand wurde gestrichen. Wir sind im Klimastreik in den verschiedenen Regionen der Schweiz leider gescheitert, die neu diskutieren Punkte zu implementieren. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Diskussionen darüber mit der Abstimmung um das CO^2-Gesetz zusammenfielen und diese Abstimmung viel Raum einnahm. Weiteren strategischen Fragen wurde dadurch weniger Gewicht beigemessen.

M: Man darf das auch nicht zu starr betrachten. Die drei Forderungen waren nicht von Anfang an da. Die Systemklausel, welche besagt, dass wenn diese drei Hauptforderungen in der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise nicht erfüllt werden, es einen Systemwechsel braucht, kam noch später hinzu. Ich denke, es ist sinnbildlich für die Bewegung, dass sie sich in Ungleichzeitigkeiten entwickelt. Die Forderung Klimanotstand war in der ersten Jahreshälfte 2019 zentral, als die Bewegung sehr stark war. In der Zwischenzeit ist diese Forderung in den Hintergrund getreten. Die anderen Forderungen haben deutlich an Gewicht gewonnen.

Wie ist Klassenzusammensetzung der Klimabewegung?

T: Zu Beginn waren es mehrheitlich Schüler_innen und Gymischüler_innen. Diese machen immer noch den Grossteil unserer Mobilisierungen aus. Was es immer auch schon gab sind Lernende, die sich einbrachten. In der Vergangenheit formierten sich zum Beispiel auch in Zürich «Workers for Future». Dieses Gefäss bietet eine Plattform für den Austausch zwischen Arbeiter_innen, Klimastreikenden und den Gewerkschaften. Durch den konkreten Kontakt gibt es mehr und mehr Arbeitende, die sich mit dem Klimastreik solidarisieren. Dies ist strategisch, gerade wenn es um dem «System Change» geht, von immenser Wichtigkeit. In der konkreten politischen Arbeit jedoch sind Schüler_innen und Studierende in der klaren Mehrheit.

Klima ist weltumspannend, so ist auch der Klimakampf international. Wie steht es um die internationale Vernetzung?

M: Die Klimagipfel der bürgerlichen Staaten sind international, umso wichtiger ist es uns, eine internationale Antwort darauf geben zu können. Das schaffen wir manchmal besser und manchmal schlechter.

T: Der Klimastreik formierte sich ursprünglich im Kontext der «Fridays for Future»-Proteste, einer globalen Bewegung mit Gruppen in vielen Ländern der Welt. Über die Jahre hat aber die interne Kritik an der europäisch dominierten und oft reformistisch geprägten FFF-Bewegung zugenommen. Zudem ist es schwierig, eine weltumfassende Bewegung zu koordinieren. Trotzdem halten wir den Kontakt aufrecht und machen an international koordinierten Demonstrationstagen auch in der Schweiz Aktionen.

Was für Lernprozesse konntet ihr in den letzten Jahren machen?

T: Einen Lerneffekt löste das Versagen des Druckaufbaus gegenüber dem bürgerlichen Staat aus. Wir mussten feststellen, dass alle unsere Demonstrationen und Aktionen ihn am Ende kalt liessen und er keinen Willen zum Handeln zeigte. Nicht im Moment, aber auf die lange Perspektive. Vermutlich gingen da viele zu naiv an die Sache ran. Anhand dieser Frage kristallisierten sich auch die verschiedenen Flügel und Positionen heraus. So der bereits am Anfang thematisierte reformistische Flügel, der sagt, wir gehen jetzt in die Parlamente und versuchen dadurch etwas zu ändern. Eine zweite Position verbreiterte das Aktionsspektrum, so kam beispielsweise die Bundesplatz-Besetzung zustande. Die dritte Position, die Hauptgruppe, prägt den Klimastreik am meisten und führt wie gesagt strategische Diskussionen rund um Systemwandel und Revolution. Das hat auch eine internationale Dimension.

Die Klimabewegung ist sehr heterogen. Gegen aussen kann sie aber immer wieder geeint auftreten. Wie bewerkstelligt ihr dies?

T: Alle die in der Bewegung aktiv sind, sehen, dass sie Teil einer nationalen Bewegung sind, die eine grosse Schlagkraft aufweist. Diese wollen viele nicht aufs Spiel setzen. Gleichzeitig haben viele eine emotionale Verbundenheit. Das gegen aussen geeinte Auftreten ist gleichzeitig aber auch hindernd. Oft scheitert man daran, harte Diskussionen über wichtige Fragen zu führen, weil es emotional wird. Wichtig ist sicher auch, dass sich einzelne Teile der Bewegung nie voneinander abgegrenzt haben. Man respektiert die Vielfalt der unterschiedlichen strategischen Ansätze.

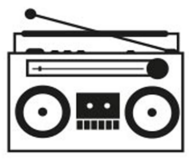
M: Für uns als revolutionäre Klimastreikende birgt die Heterogenität der Bewegung auch grosse Schwierigkeiten, da wir genau abwägen müssen, wann wir welche Debatten führen, wann wir einen Kompromiss eingehen und wann wir uns selber treu sein müssen. Wann beharrst du in einer Diskussion auf deinen Positionen und wann lässt du etwas stehen? Es besteht die Gefahr, dass man seine Positionen verwässert oder aber irrelevant wird. Beides ist schlecht.

Was habt ihr für kurz-, mittel- und langfristige Ziele?

T: Wir glauben, dass es eine breite revolutionäre Organisierung braucht und hierbei sehen wir die Moblisierungskraft des Klimastreiks als zentralen Aspekt. Wir wollen nicht ins Szenische abgleiten. Um die Mobilisierungen nutzen zu können, braucht es aber Revolutionär_innen mit einem starken Bewusstsein. Zudem muss in der Frage der Revolution und im Sinne einer breiten revolutionären Organisierung unbedingt die Zusammenarbeit mit den organisierten Arbeiter_innen verstärkt gesucht und ausgebaut werden. Nur so können wir Gegenmacht aufbauen.

M: Wir müssen die Vernetzung der Bewegungen weiter fokussieren. Der nächste Aktionstag findet am 9. April statt. Das Thema wird Arbeitszeitverkürzung sein, was nicht nur eine Klimafrage ist, sondern viele andere gesellschaftliche Fragen mitträgt. Von uns her wird die Organisierung ins Zentrum gestellt. Mehr arbeitsfreie Zeit bringt mehr Zeit für Organisierung. Gleichzeitig müssen wir uns gegen neoliberale Vorstellungen von Arbeitszeitverkürzung wehren, da wir nie die gleichen Vorstellungen davon haben werden wie sie.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

DIGITALISIERUNG

Die nachhaltigen digitalen Konzerne

Mit der zukünftigen Geschäftsstelle an der Müllerstrasse eröffnet Google bereits den vierten Standort in Zürich. Damit und mit anderen digitalen Unternehmen können antikapitalistische Kämpfe verbunden werden.

(agj) Zürich ist ein beliebter Standort für digitale Unternehmen. Die Stadtregierung scheut dabei keine Kosten und Mühen um mit Gefässen wie «digital zurich», Kampagnen wie den «digital days» und geschicktem Finanzplatzmarketing die Stadt als Hotspot für Techunternehmen zu platzieren. Die Unternehmen werden mit der Nähe der Hochschulen, dem Zugriff auf das Wissen hochgebildeter Arbeitskräfte sowie der günstigen Steuerpolitik angelockt. Die Stadt wird immer mehr ein Knotenpunkt für global agierende digitale Unternehmen, die von der staatlichen Infrastruktur und der finanziellen Sicherheit profitieren.

Die Werbung der Stadt Zürich, wenn es um die Betonung der symbiotischen Zusammenarbeit von Staat und Techkonzernen geht, und die Selbstdarstellung der Unternehmen selbst, zeugt von einem grossen Zukunftsvertrauen hinsichtlich der Entwicklung digitaler Technologien. Digitalisierung wird durch seine innovative Kraft als Jungbrunnen des Kapitals und gegen alle Tendenzen der Krise und des Falls der Profitrate gehandelt. Im Speziellen wird der Zuzug dieser Unternehmen in die Stadt als Chance für die Stadt, sich als «global city» zu profilieren dargestellt. Davon würden nicht nur zukünftige Arbeitnehmende sondern alle Bewohner_innen schlussendlich profitieren. Darüber hinaus seien die digitalen Technologien im Allgemeinen durch ihre Zugänglichkeit und ihr Vernetzungspotenzial Instrumente der Gleichmachung und Stärkung der Demokratie.

Google für den Fortschritt

Entgegen dieser neoliberalen Fortschrittserzählungen, zeigen verschiedene Beispiele, dass Digitalisierung die ausbeuterischen Verhältnisse des Kapitalismus verstärkt und über ihre globalen Netzwerke reproduziert. Ohne eine verkürzte technologiefeindliche Haltung einzunehmen oder in dystopische Zukunftsvisionen zu fallen, ist es wichtig aufzuzeigen, welche Phänomene mit der Digitalisierung der kapitalistischen Produktion einhergehen, um die Auswüchse des Kapitalismus im 21. Jahrhundert zu verstehen und zu bekämpfen.

Ein Phänomen dieser Entwicklung, die auch schon in Zürich zu erkennen ist, ist die «Tech-Gentrifizierung». Die rund 4000 Mitarbeiter_innen von Google sind meist Menschen mit hohen technischen Fertigkeiten, höheren akademischen Abschlüssen. Oder auch reiche Investor_innen, die sich einen Teil vom Kuchen abschneiden wollen. Und Zoogles (Googleangestellte in Zürich) wollen in der Stadt wohnen, am besten zentral. Das heisst Business-Apartments müssen her. Die stehen in den angesagten Kreisen 3, 4 und 5. Der schon knappe Wohnraum in diesen Quartieren wird dadurch noch knapper und teurer. Der Techboom verstärkt damit die schnell voranschreitende Gentrifizierung in Zürich.

Das nachhaltige Internet?

Dass neue Technologien nicht an sich nachhaltig ist, mag den meisten klar sein. Auch der Handel mit Elektroschrott, die giftigen Müllhalden und die nicht recyclebaren Restabfälle sind bekannt. Techunternehmen wie Google werben damit, dass der Fortschritt in der Technik automatisch mit mehr Nachhaltigkeit einhergeht. Das Smartphone hat tatsächlich viele Gebrauchsgegenstände vereint. So finden wir darin eine Art CD-Player, einen Wecker, eine Taschenlampe, unsere Bankdaten, unser Mail, unseren Kalender, unsere Spielkonsole usw. Und klar, wenn wir uns diesen Haufen an Gegenständen neben einem Smartphone vorstellen, sieht es auf den ersten Blick aus als hätten wir hier viel Plastik, viele Herstellungs- und Lieferkosten einsparen können. Es wird suggeriert, dass materielle Güter durch die Informatisierung bis zu einem gewissen Punkt «dematerialisiert» werden.

Allerdings verbraucht die Nutzung des Internets selbst Unmengen an Energie. 2010 ergab eine Berechnung der britischen Zeitung «The Guardian», dass das gesamte Internet jährlich einen CO2-Ausstoss von 300 Mio. Tonnen erzeugt. Diese Zahlen zeigen, dass Firmen wie Google davon profitieren, dass die Produktionskosten und der Abfall, der durch die Digitalisierung anfällt, nicht bei den Nutzer_innen anfallen und so teilweise «unsichtbar» gemacht werden können.

Google selbst wirbt damit, nachhaltig zu sein und ist laut eigenen Angaben seit 2010 klimaneutral. Dies erreicht das Unternehmen aber nicht dadurch, dass sie nachhaltiger produzieren, sondern durch CO2-Kompensation. Die Idee ist, genau gleich wie bisher zu produzieren um nicht umdenken zu müssen. Denn wenn man doch nur neuere Technologien einsetzt, liesse sich alles kompensieren. Doch weit weg vom schönen neuen Umbau für Google an der Müllerstrasse stehen die giftigen Mülldeponien und verseuchten Abbaugebiete von seltenen Erden.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

ZH: Angriff gegen Securitas AB (Protectas SA)

In Gedenken an Garibe Gezer, Halil Güneş, Abdülrezzak Şuyur & Vedat Erkmen!

Vergangene Nacht (2. Januar 22) haben wir bei einem Fahrzeug der Securitas AB (da in der Schweiz bereits die Firma Securitas existiert, heisst der hiesige Ableger Protectas SA) bei ihrem Sitz an der Buckhauserstrasse in Zürich Bitumen in den Lüftungs-, wie auch Innenbereich gekippt und damit fürs Erste am Patrouillieren gehindert.
Natürlich, es ist nicht so, als würden private Sicherheitsfirmen nicht unzählige Gründe für Angriffe und Sabotagen hergeben. Daher wollen wir mit diesem Schreiben genauer darauf eingehen, weshalb wir uns für die Securitas AB bzw. Protectas SA entschieden haben. Als Antrieb für unsere Aktion steht die internationale Solidarität mit den kämpfenden Völker in der Türkei, mit dem kurdischen Befreiungskampf und mit allen revolutionären Gefangenen in den türkischen Knästen. Die Protectas nicht als zufälliges Ziel, sondern weil wir sie für ihre Machenschaften innerhalb der türkischen Knäste, in welchen über zehntausende politische Gefangene einsitzen, zur Rechenschaft ziehen. Denn die Securitas AB übernimmt in zahlreichen Gefängnisen – mitunter auch in den F-Typ-Knästen – Schliesser_innen und Bewachungsfunktionen und beteiligt sich somit an Unterdrückung, Einsperrung, Isolation, Folter und sexualisierter Gewalt.

Vom Krieg in den Medya-Verteidigungsgebieten…
Die türkische Invasion in den Regionen Avaşîn, Metîna und Zap startete Ende April und dauert nun schon über sieben Monate an. Trotz technologischer Überlegenheit, andauernden Luftschlägen und Versuche sich im Gebiet der Guerilla niederzulassen, kommt die zweitgrösste NATO-Armee keinen Schritt weiter. Ganz im Gegenteil: Die türkische Armee und ihre Söldner erleideten mit über 600 Toten nicht nur hohe Verluste, sondern musste sich etwa aus Avaşîn und Teilgebieten der Zap-Region, wie bereits vergangenen Februar aus Gare, erfolglos zurückziehen. Und wie beim Angriff in Gare oder 2018 bei der Invasion in Afrin scheut der türkische Staat nicht davor zurück, Chemiewaffen einzusetzen. Bis heute wurden in diesem Jahr über 320 Angriffe mit Kampfgas auf Guerillastellungen festgestellt und ermutigt durch das Schweigen der internationalen Mächte zu den Kriegsverbrechen, wird die Zahl wohl weiter zunehmen. Dies lässt die Freund_innen der HPG , YJA-Star, sowie HBDH/KBDH aber nicht davon abhalten, weiter unerbittlichen Widerstand zu leisten. Mit der Strategie der Guerilla des 21. Jahrhunderts, mit beweglichen Kleineinheiten, Kriegstunnel und dem Versprechen an die Gefallenen, den Kampf bis zur Befreiung fortzusetzen, gelingt es ihnen Nadelstiche zu setzen, den Feind zu verängstigen, zu demoralisieren und zurück zu drängen. Da die militärischen Angriffe ins Leere laufen und um jene Rückschläge zu vertuschen, dehnt das faschistische AKP/MHP-Regime das Kriegsgeschehen weiter aus: Ob mit Drohnenangriffen etwa im Şengal oder vor wenigen Tagen gegen die organisierte Jugend in Kobanê, dem Krieg niedriger Intensität in Rojava oder in die Kerker der Gefängnisse in der Türkei.

… zu Folter & Mord in den Knästen
Zehntausende politische Gefangene werden in der Türkei vor die Wahl gestellt: Kapitulation oder Einsperrung bis zum Tod. Während im April 2019 aufgrund der prekären Lage durch die Corona-Pandemie unter anderem Gefangene aus mafiösen Strukturen aus den Knästen entlassen wurden, spitzt sich die Lage der revolutionären Gefangenen aktuell zu. In den vergangenen Tagen und Wochen häufen sich die Nachrichten über den Tod von Gefangenen, wie etwa von Halil Güneş und Abdülrezzak Şuyur. Beide seit 1993 in F-Typ-Gefängnissen inhaftiert, leideten unter schweren Krankheiten, dennoch wurde nicht nur eine frühzeitige Haftentlassung (was bei Gefangenen nie passiert, bei welchen es sich um Terrorvorwürfe handelt), sondern auch medizinische Behandlung verweigert. Wenige Tage später, in der Nacht auf den 20. Dezember verstarb weiter der politische Gefangene Vedat Erkmen auf dem Weg ins Krankenhaus, nachdem er schwerverletzt in seiner Einzelzelle (ebenfalls F-Typ-Knast), in welche er vor wenigen Tagen «zu seiner eigenen Sicherheit» verlegt, gefunden wurde. Die antikurdische Vernichtungspolitik macht innerhalb der Knastmauern nicht halt, sondern ist Teil des Racheplanes gegen die ungebrochenen Kämpfer_innen verschiedenster revolutionärer (sowohl türkischer, wie auch kurdischer) Parteien und Organisationen. Die genannten Gefallenen der letzten Tage stellen dabei nur die aktuelle Spitze dar, seit Anfang 2020 sind mindestens 59 kranke Gefangene gestorben, über 1500 von teilweise lebensbedrohlichen Krankheiten Betroffene sitzen weiter für ihre Ungebrochenheit, ihre politische Identität und für ihren Kampf in den Kerkern.

«Garibe ist nicht nur meine Tochter, sie ist eine Tochter Kurdistans!»
In der Türkei fallen Gefängnisse eine besondere Rolle im Krieg gegen die Feinde des Regimes zu. In den Kerkern der AKP sitzen kurdische und türkische Revolutionäre ebenso wie Menschen, die es gewagt haben auf die Strasse zu gehen und den Mund aufzumachen und werden mit psychisch und physischer Gewalt zu zermürben versucht. Deutlichster Ausdruck jener Barbarei findet sich immer dann, wenn es sich bei den Eingesperrten um Frauen* handelt. Als perfide Methode der Kriegsführung setzt das türkische Militär sowohl bei Gefangenen, wie auch in der zivilen Bevölkerung auf alle Facetten der sexualisierten Gewalt bis hin zu Vergewaltigungen. Umso stärker fiel unsere Wut aus (und damit einhergehend unsere Entschlossenheit zur Aktion), als wir vom Tod der Genossin Garibe Gezer erfahren haben. Die dazumals 23 jährige wurde 2016 verhaftet, weil sie Kerboran nach der Ausrufung der Ausgangsperre nicht verliess. Seit ihrer Verhaftung in Einzelhaft wehrte sich Garibe gegen den Knast und seine Bedingungen, unter anderem indem sie ihre Zelle in Brand steckte. Als Sanktion erfolgte eine Verlegung in einen Knast in Kandira, in welchem sie bis zum Schluss der staatlichen Gewalt ausgesetzt wurde. Der faschistische Staat spricht nun von Selbstmord. Wir sagen: Wenn ein/e Gefangene_r permanent dem psychischen und körperlichen Druck von Isolation, körperlicher und sexualisierter Gewalt ausgesetzt wurde und Erniedrigung, Belästigung, Prügel und Vergewaltigung zum Knastalltag gehören und dadurch stirbt, so ist das nichts anderes als staatlicher Mord.

Die Verantwortlichen & Kollaborateure zur Verantwortung ziehen
Die Protectas SA verdient nicht nur ein bisschen Geld mit ihrem Dienst, sie kollaboratieren mit dem AKP-MHP-Regime und beteiligen sich als Akteure an den menschenfeindlichen Zuständen innerhalb der türkischen Gefängnissen.
Für uns ist klar, so lange sie sich nicht aus den türkischen Knästen zurückziehen, sind sie Teil dieses barbarischen Systems und haben sich für alles, was wir in diesem Text angesprochen haben, zu verantworten. Wir sehen unsere Aktion als erster kleiner Beitrag, dem wir mittels Kontinuität im Angriff und der Solidarität mit all unseren kämpfenden Genoss_innen, ob im militärischen oder zivilen Bereich, nach unseren Möglichkeiten und angepasst an unsere hiesige Situation Ausdruck verleihen wollen. (…)
Lassen wir unsere Trauer zu Wut werden!
Lassen wir internationale Solidarität fassbar werden!
Für alle gefallenen Freund_innen & Genoss_innen –
Şehid Namirin !
Quelle & Bilder: https://barrikade.info/article/4935

Kämpfer_innen der kommunistischen New People's Army

PHILIPPINEN

Frauen tragen die Hälfte des Himmels

Auf dem paradiesischen Inselarchipel tobt der langanhaltende Volkskrieg. Seit über fünfzig Jahren führt die Guerilla unter dem Namen New People's Army NPA als bewaffneter Arm der Kommunistischen Partei der Philippinen CPP den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für die Revolution. Damit ist es nicht nur einer der langanhaltendsten, sondern auch einer der am stärksten entwickelten kommunistisch angeführten bewaffneten Kämpfe. Eine treibende Kraft dieser Revolution sind die Frauen.

(agkkz) Die Nacht hängt noch tief über dem philippinischen Dschungel als sich eine Kolonne von schemenhaft erkennbaren Gestalten leise in Bewegung setzt. In einer Reihe bewegen sie sich auf schmalen Trampelpfaden vorwärts, während über den Berggipfeln am Horizont die ersten Sonnenstrahlen vom anbrechenden roten Morgen künden. Es ist eine Einheit der kommunistischen Volksarmee NPA, die sich ihren Weg durch das Dickicht bahnt. Auf den zweiten Blick fällt auf, wie viele Frauen sich unter den Kämpfer_innen befinden. Sie besetzen in der New People's Army alle möglichen Positionen. Sie dienen als Kämpferinnen, als Kommandantinnen, als Ausbilderinnen, als Bildungsverantwortliche oder als Feldsanitäterinnen. Die Guerilla legt grossen Wert darauf, Frauen in ihren Reihen zu organisieren und garantiert den Kämpferinnen Respekt und Gleichberechtigung, was in der stark patriarchalisch geprägten philippinischen Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist.

Von den Wurzeln des Übels

Die mehr als dreihundertjährige spanische Kolonialherrschaft brachte den Katholizismus und ein damit verbundenes westlich geprägtes feudal-religiöses Frauenbild auf die Philippinen. Die Frau wurde aus öffentlichen und gesellschaftlich relevanten Positionen verdrängt und die weibliche Sexualität unterdrückt. Nach der spanischen Kolonialzeit forcierte die etwas mehr als hundertjährige US-amerikanische Herrschaft zunehmende Industrialisierung und eine Veränderung der gesellschaftlichen Position der Frau, die zunehmend in die industrielle Produktion miteinbezogen wurde. Anfangs des 20. Jahrhunderts machte sich auf den Philippinen eine bürgerlich geprägte feministische Bewegung bemerkbar und 1937 wurde das Frauenstimmrecht eingeführt. Die US-Fremdherrschaft brachte auch in sozio-kultureller Hinsicht Veränderungen mit sich: westliche Schönheitsideale und etwas modernere Rollenbilder wurden durch Hollywood verbreitet und die aus dem Boden spriessenden US-Militärstützpunkte führten zu einer starken Verbreitung von Prostitution. Ein Phänomen, das auf den Philippinen vor dieser Zeit kaum vorhanden war.

Der Inselstaat befindet sich bis heute in einem imperialistischen Abhängigkeitsverhältnis und wird von der Kommunistischen Partei als halbfeudal und halbkolonial definiert. Armut ist weitverbreitet und die Agrarflächen auf dem Land befinden sich im Besitz einiger weniger Grossgrundbesitzer. Das Land wird vom westlichen Imperialismus ausgeplündert, Rohstoffe exportiert und eine importabhängige Wirtschaft aufrechterhalten. Entsprechend ihrer Analyse der konkreten Situation formuliert die Partei ihre Strategie für die revolutionäre Praxis: die Städte werden während eines langanhaltenden Volkskrieges umzingelt und unter der Führung von Proletariat und Bauernschaft wird zuerst auf eine national-demokratische Revolution gegen das imperialistische Joch hingearbeitet, um so die sozialistische Revolution mit dem Ziel der kommunistischen Gesellschaft vorzubereiten. Der Partei ist bewusst, dass rund die Hälfte der Massen zusätzlich zur imperialistischen und klassenbedingten Ausbeutung auch eine geschlechtsspezifische Unterdrückung als Frauen erfährt und betrachtet den Frauenkampf als festen und strategisch bedeutsamen Bestandteil ihres Kampfes.

Die Unterdrückung der Frau ist geprägt durch die halbfeudale, halbkoloniale Klassengesellschaft und äussert sich in einem konservativen Rollenbild, einer Mehrfachbelastung durch Produktions- und Reproduktionsarbeit, ökonomischer Abhängigkeit, schlechter Entlohnung, häuslicher und sexueller Gewalt sowie Fremdbestimmung über weibliche Körper, wie sich beispielhaft am sich oftmals tödlich auswirkenden Abtreibungsverbot zeigt.

Gerade in den letzten Jahren, wurde durch den verhassten Möchtegerndiktator Duterte eine reaktionäre und frauenfeindliche Stimmung angeheizt. Bei einem seiner machohaften Auftritte drohte er den Kämpferinnen der New People's Army öffentlich damit, dass ihnen auf seinen Befehl hin in die Vagina geschossen werde, sollten sie geschnappt werden. Bereits in den ersten Jahren unter Duterte zeigten Polizeistatistiken eine massive Zunahme von Vergewaltigungen und Gewalt an Frauen. Durch den aufgrund der Pandemie verhängten Lockdown spitzt sich die Lage weiter zu und auch sonst trifft die Pandemiepolitik des Regimes Frauen besonders hart: Das überarbeitete und unterbezahlte Gesundheitspersonal besteht zu 80% aus Frauen. Die Berufe, in denen weiterhin gearbeitet werden kann, sind fast alle männlich dominiert und Frauenberufe sind besonders stark von Entlassungen betroffen. Und bei Schulschliessungen müssen meist die Filipinas die Kinderbetreuung stemmen.

Eine revolutionäre Perspektive

Nach dem langen anstrengenden Marsch finden sich am Abend einige Genossinnen unserer Guerillaeinheit um das Lagerfeuer ein. Sie sprechen über ihre vergangenen Leben, von Verfolgung durch die Repressionsorgane aufgrund politischer Aktivitäten, von gewalttätigen Ehemännern, von Zwangsheiraten, von demütigenden Erfahrungen als Sexarbeiterinnen oder den Schwierigkeiten, Essen für ihre Kinder aufzutreiben. Ihre Beweggründe, sich dem bewaffneten Aufstand anzuschliessen sind verschieden. Doch sie sind sich einig darin, dass der Beitritt zur Guerilla eine viel lebenswertere Perspektive schuf, trotz allem Mühsal und all den Entbehrungen, die ein Leben im Dschungel mit sich bringt. Es ist ein solidarisches, würdevolles und sinnhaftes Leben. Und es ist ein emanzipierteres und gleichberechtigteres Leben. In der Guerilla sind alle gleich, auch wenn einige in der Runde bei Genossen beobachtete patriarchale Verhaltensmuster oder Vorurteile ansprechen. Trotzdem finden sie es richtig, dass die Guerilla keine reinen Fraueneinheiten hat. Wie sollen die Genossen denn sonst von ihrem Kampf lernen? Sie wollen ihre Beobachtungen am nächsten Tag einbringen, wenn sich die Einheit versammeln wird, um solidarisch Kritik und Selbstkritik zu üben, wie es in der New People's Army regelmässig gemacht wird. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Frauenkampf in der Guerilla zu vertreten und ihre Genossen auf reaktionäre Verhaltenszüge hinzuweisen. Die Guerilleras wissen, es braucht viel Arbeit, um im alten, falschen Leben angewöhnte Denk- und Verhaltensmuster zu überwinden. Sie betrachten es als einen kollektiven Prozess und genau deshalb wird in der New People's Army grossen Wert auf Kritik und Selbstkritik gelegt.

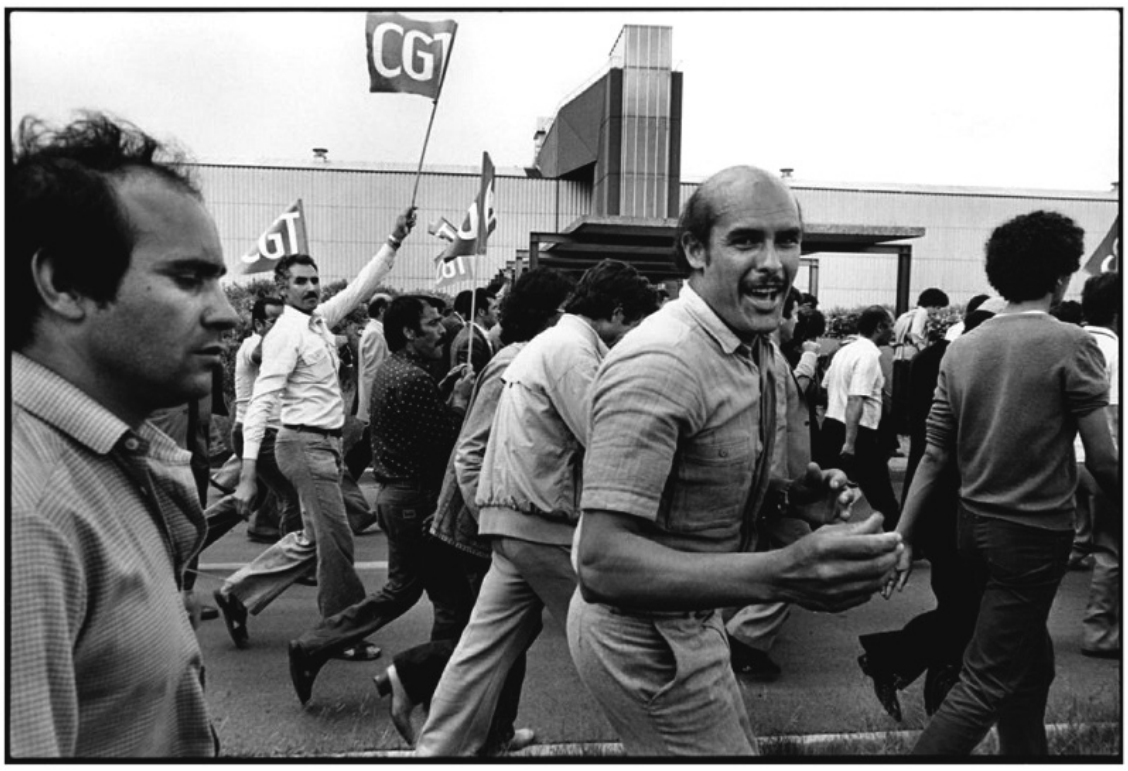
Die Frauen auf den Philippinen kämpfen nicht nur mit der Waffe in der Hand für Gleichberechtigung und Würde. Auch in den Städten organisieren sie sich und den Widerstand gegen Duterte und bekämpfen patriarchale Strukturen. Dabei können sie auf eine jahrzehntelange Kampftradition zurückgreifen. Im Jahr 1970, kurz nach der Gründung der Kommunistischen Partei und der New People's Army, schlossen sich einige kämpferische junge Frauen unter dem Name MAKIBAKA zusammen. Das Akronym MAKIBAKA steht für Patriotische Bewegung der neuen Frau. Durch entschlossene Aktionen, selbstbewusstes Auftreten und gezielte Organisierungsarbeit gelang es MAKIBAKA, innert kurzer Zeit zu einer nationalen Frauenorganisation anzuwachsen und Frauen aus verschiedenen sozialen Sektoren zu erreichen. Schon bald wurde die Organisation kriminalisiert und in den Untergrund gezwungen. Unter Führung der Kommunistischen Partei bildet sie gemeinsam mit 16 anderen Massenorganisationen und der New People's Army die National Democratic Front NDF, in deren 12-Punkte-Programm der Kampf für die Emanzipation der Frau festgeschrieben ist. Als Teil der National Democratic Front ist für MAKIBAKA klar, der Platz der Frau ist in der Revolution und im bewaffneten Kampf.

Neben MAKIBAKA ist auch GABRIELA eine wichtige Kraft im Frauenkampf. GABRIELA ist ein Zusammenschluss von mehr als 200 Frauenorganisationen im ganzen Land. Selbst im Ausland unterhält GABRIELA Strukturen, da viele Filipinas auf der Suche nach Arbeit das Land verlassen. Den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten legen sie auf ihre konkreten Kämpfe vor Ort, sie sehen sich aber auch als Teil eines weltweiten Kampfes, was sich unter anderem jeweils 8. März bei den Mobilisierungen zum Internationalen Kampftag der Frau zeigt. Dabei führen sie den Frauenkampf mit einer klaren Klassenposition und grenzen sich vom bürgerlichem Feminismus ab. Sie kämpfen für eine umfassende Emanzipation, wie sie erst mit der Überwindung des Ausbeutersystems möglich wird. Die Verbundenheit der verschiedenen Kämpfe drücken die philippinischen Genoss_innen wunderschön aus, wenn sie die Parole „Makibaka, huwag matakot!" anstimmen, was so viel bedeutet wie „Kämpfe, hab keine Angst!".

FRANKREICH

Wer gewinnt die Wahlen? Islamophobie und Autoritarismus

In Frankreich kandidiert der reaktionäre Kolumnist Éric Zemmour zur nächsten Präsidentschaft. Seine autoritäre und nationalistische Stimmungsmache ist nichts vergängliches, sondern symptomatisch für den Zeitgeist.



«Rechtsruck der Sozialdemokratie: Streiks im Automobilsektor 1982-1984 werden rassistisch diffamiert»

(agafz) Eigentlich wird von solchen Talk-Shows nichts erwartet. Aber in den letzten Monaten wurde ein paar Mal die Grenze des Zumutbaren überschritten, und zwar deutlich. Zum Beispiel Mitte September 2021, als Éric Zemmour, anlässlich der Veröffentlichung seines letzten Buches, zur Sendung «On est en direct» eingeladen war. Nach einer Stunde eines inhaltlich oberflächlichen Austausches zu nebensächlichen Aspekten des Buches, endete die Sendung mit der Bemerkung eines anwesenden Gastes. Auf Zemmours Vorschlag, den Eltern im Lande die Wahl eines nicht-französischen Vornamens für ihre Kinder zu verbieten, kommentierte er: «Als Musiker möchte ich Ihnen doch noch sagen, dass Zinedine Zidane viel schöner klingt als Jean Zidane zum Beispiel». So die liberale Bourgeoisie, welche gerne mit humanistischen Grundsätzen auf solchen Fernsehsets posiert. In der Tat weiss sie aber den notwendigen Pragmatismus früh genug auszupacken, zum Beispiel wenn es um konkrete Fragen der Grenzpolitik geht. Somit erstaunt es eigentlich nicht, dass ihr keine besseren Argumente einfallen. Oder, dass sich ihre Empörung vor allem auf Formsachen beschränkt. Beispielsweise sorgte der Mittelfinger, welcher Zemmour einer wütenden Passantin in Marseille zeigte, für eine besorgte Polemik. Klar, wie soll er mit solchen Manieren das Land vertreten können? Abgesehen von schlechten Manieren gäbe es tatsächlich schon auf der persönlichen Ebene ausgiebig Material, um ihn ordentlich an den Pranger zu stellen. Aktuell beschuldigen ihn sieben Frauen wegen sexualisierter Gewalt. Die reale Gefahr, welche er verkörpert, sollte jedoch nicht nur darauf reduziert werden. Hinzu kommt noch, dass es ein Trugschluss wäre, eine Einschätzung über das reaktionäre Potenzial der Lage mit der Frage über die Chancen seines Wahlsieges zu erledigen. Die politische Bedeutung des Moments geht über seine Kandidatur hinaus und ist Ausdruck einer zugespitzten Krisensituation.

Zivilisationskrieg als Staatsräson?

In den letzten zwanzig Jahren etablierte sich Zemmour als Medienphänomen mit seinen wuchtigen Tiraden gegen Frauen, Islam und Immigration. Nun will er sich politisch verwirklichen. Kernziele des Programms: Einwanderungsstopp und massive Abschiebungen. Die Vorstellungswelt, in der sich seine Vorschläge einbetten, ist die eines «Zivilisationskriegs» gegen den Islam. Dabei operiert Zemmours Diskurs mit Elementen einer konspirativen Rassifizierung. Dieser leicht verzwickte Ausdruck steht für die soziale Konstruktion einer Gruppe (hier Muslim_innen), deren definierendes essentielles Merkmal ist, sich mit dem Ziel der Unterwerfung und Vernichtung einer Gemeinschaft (hier das jüdisch-christliche Abendland) zu verschwören. Konspirative Mythologien waren schon im Antisemitismus Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts prägend und dienten der Neuinterpretation von historischen Ereignissen. Die französische Revolution 1789, oder die bolschewistische Revolution 1917, wurden so oftmals als Ergebnisse eines jüdischen Komplotts dargestellt. Vergleichbare Diskurse zum kommenden Untergang des Abendlandes im Zuge einer mehr oder weniger offenen «Islamisierung» gewinnen seit den 1990er an Bedeutung. Unter zahlreichen Beispielen ist in diesem Kontext die Verschwörungsmythologie des «grossen Austausches» besonders wichtig. Der Begriff geht auf den französischen Schriftsteller Renaud Camus zurück, der sich damit in den letzten Jahren in der rechten Szene international einen Namen geschaffen hat. In seinem Narrativ nimmt die Vernichtung der «europäischen Zivilisation» die Form eines «Genozid über Austausch» an. Eine hauptsächlich muslimische, fremde Bevölkerung, soll nach massiver Migration und mit höheren Geburtenzahlen die europäische Bevölkerung verdrängen und ersetzen.

Der Verweis auf diese Verschwörung ist bei Zemmour absolut zentral. Strafbares Handeln unter Migrant_innen führt er auf eine «rachsüchtige Mentalität» der Muslim_innen zurück. Jede Schlagzeile wird als eine «Gewalt, die bezeichnend ist für den Zivilisationskrieg, der auf unserem Boden gegen uns geführt wird» interpretiert. Im September 2019 sagte er an einer Konferenz: «Denn man darf sich nichts vormachen: der grosse Austausch, der uns vernichten wird, hat schon begonnen. Sie sind überall. Sie kontrollieren alles. Sie drängen uns ihre Bräuche auf, greifen uns mit Messern an. Invasion, Kolonisation, Besatzung. Werdet ihr es akzeptieren, als Minderheit auf dem Land eurer Vorfahren zu leben?» So werden Menschen mit Migrationshintergrund zu den ausführenden Kräften einer «Auslöschung des weissen, heterosexuellen Mannes» gemacht, zu gewaltsamen Unterdrücker_innen und Eroberer_innen. Obwohl dies der offensichtlichen Tatsache widerspricht, dass diese Menschen zu den ärmsten, am stärksten marginalisierten und ausgebeuteten Teile der Gesellschaft gehören. Sie sind es, die aufgrund dieser Position von Gewalt und Unterdrückung betroffen sind, nicht umgekehrt.

Ein soziales Verhältnis – als solches verstehen wir Rassismus – produziert eine eigene besondere Realität. In einer von konspirativen, islamophoben Diskursen geprägten Gesellschaft werden Menschen entsprechend behandelt. Es ist kein Zufall, dass der Attentäter von Christchurch, der 51 Gläubige einer Moschee ermordete, seine politische Erklärung mit «Der grosse Austausch» betitelte. Klar, der Drang zu Massenmord entsteht nicht einzig wegen einer schlechten Abendlektüre. Jedoch ist es naheliegend, dass das Verlangen nach einem radikalen Bruch in einem Weltbild angelegt ist, in der die eigene Gemeinschaft sich vor der unmittelbaren Bedrohung eines tödlichen Feindes befindet.

Die Erzählung des drohenden Untergangs ist bei Zemmour allgegenwärtig. Im Dezember lieferte er seine Einschätzung zu den kommenden Wahlen: «Es gibt dieses Dringlichkeitsgefühl. Es ist unsere letzte Chance, es ist die letzte Präsidentschaftswahl, an der wir noch davon reden können, Frankreich, so wie es ist, zu retten. Das ist immens, schwindelerregend.» Die gleichen Töne untermauern seine Entschlossenheit zum Handeln. In Bezug auf die «notwendige Brutalität» zur Eindämmung der erwarteten massiven Klimamigration: «Der Preis wird nie so hoch sein wie der Tod des französischen Volks.»

Zemmour, ein Symptom

Die geschilderte Situation birgt erschreckende Zukunftsperspektiven. Das Schlimme ist jedoch, dass Éric Zemmour kein Randphänomen ist. Er ist das Symptom einer voranschreitenden Neugestaltung der politischen Verhältnisse. Diese ist von Entwicklungen mitbestimmt, die weiter in die Geschichte zurückgehen.

Nach zwei Jahren Amtszeit gibt 1983 Präsident François Miterrand, der Sozialistischen Partei Frankreichs (SP), jede Hoffnung einer Überwindung des Kapitalismus auf. Ein Jahr später tritt die mitregierende Kommunistische Partei aus, der Weg zur europäischer Integration scheint endgültig geebnet. So beginnt die Transformation, welche aus der SP eine bürgerliche Partei machen wird. Die SP wird sich über die Jahre der Umsetzung von neoliberalen Reformen widmen. Diese setzen sich international zum neuen Standard durch und verändern die Arbeitsverhältnisse zugunsten der Unternehmer. Parallel dazu, verkleinert sich die Basis der SP zunehmend und beschränkt sich schlussendlich auf gut situierte Lohnabhängige sowie liberale Elemente der Bourgeoisie. Dieser Prozess erreicht seinen Höhepunkt in der Amtszeit von François Hollande 2012-2017. Zudem tragen auch die regelmässigen Krisenausbrüche zu einem allgemeinen Vertrauensverlust bei. Dies mündet in einer Repräsentationskrise (die nicht nur die SP betrifft), in der weite Teile der Bevölkerung nach neuen Antworten suchen.

Mit der Wende 1983 ändert sich auch der Diskurs der Sozialdemokratie: Ab dann geht es weniger um den Sozialismus, vielmehr um die Republik, insbesondere wird nicht mehr Bezug auf die soziale Klasse Bezug genommen. So beginnt ein Prozess der Verwässerung der links-rechts Kluft. Dieser eröffnet einen Raum für die Front National (FN) die seit den 1980er Jahren bis zu ihrem Durchbruch 2002 (Jean-Marie Le Pen kommt in die Stichwahl gegen Jacques Chirac) einen kontinuierlichen Aufstieg erlebt. Dieser Erfolg ist nicht ohne Konsequenzen und sorgt für einen allgemeinen Rechtsruck in Fragen der Sicherheit und Immigration. Musterhaft für diese Tendenz ist die islamophobe und autoritäre Staatsführung der 2000er Jahre unter Sarkozy, Hollande und im speziellen Macron. Dies wird sich durchsetzen, egal was der Ausgang der Wahlen sind.

Diese oberflächliche Schilderung müsste vervollständigt werden. Dennoch ist es eine Tatsache, dass das System in eine tiefe Zustimmungskrise geraten ist. Diese könnte unter der Bedingung der andauernden Rechtsentwicklung einen autoritären nationalistischen Ansatz zur politischen Stabilisierung hervorbringen. Mit seinem Versprechen einer Wiederauferstehung Frankreichs vor der Todesgefahr des islamischen Feindes, könnte Zemmour diese Option sein.

OFFENES
ANTIFASCHISTISCHES
TREFFEN
ZÜRICH

JEDEN ERSTEN
FREITAG IM MONAT
AB 19 UHR

ANMELDUNG:
OAT-ZH@RISEUP.NET

ROJAVA

David gegen Goliath: Wie sich die kurdische Guerilla gegen die Türkei bewährt

Interview mit dem verantwortlichen Genossen der Ayn Issa-Front über die Dialektik zwischen Militär und Gesellschaft und die Frage wie sich eine Guerilla gegen einen technisch überlegenen Feind behaupten kann.

(gpw) Welche taktischen Lehren wurden aus dem Kampf gegen die technologiebasierte Armee der Türkei gezogen?

Die Professionalisierung des Krieges ist der Hauptaspekt, der sich geändert hat. Die Taktik wurde geändert von grossen Gruppen an Kämpfer_innen, bei denen die Anzahl Kämpfer_innen und Waffen der strategisch wichtige Punkt ist, zu etwas, bei dem der Gebrauch der Waffen und die Taktik den Ausschlag gibt. Zum Beispiel haben die Genoss_innen gelernt, sich mehr wie eine Guerilla zu verhalten. Sie sind in kleinen Gruppen unterwegs, benützen Tarnung, verstecken sich unter der Erde. Sie hatten alle Weiterbildungen um zu lernen und um diese taktischen Änderungen anzuwenden.

Kann diese Taktik auch auf eine städtische Guerilla übertragen werden?

Es hat nicht so viel damit zu tun, woher sie kommt, sondern mehr damit, wo und wie sie angewendet wird. Gut trainierte professionalisierte kleine Einheiten haben den Sieg näher rücken lassen. Diese kleinen Gruppen können, wenn sie gut ausgebildet sind, in jedem Gelände siegen, in den Bergen, den Städten, der Wüste, in Dörfern. Das ist, was wir nun in der Realität des Krieges festgestellt haben. Diese Taktik der kleinen Einheiten, egal woher sie kommen, ist erfolgreich. Aber wir müssen immer noch sagen, dass die Grundlage unserer Taktik und unserer Art, Krieg zu führen, aus den Bergen kommt.

Der Krieg, den die Türkei führt, ist ein Krieg niedriger Intensität. Das heisst, es gibt nicht nur Panzer, eine Frontlinie und die Invasion, sondern eine andere Art Krieg, in der Ernten niedergebrannt, Wasserleitungen sabotiert und andere Arten von Angriffen durchgeführt werden. Was sind die Gründe dafür?

Der türkische Staat benutzt spezielle Taktiken, um die Menschen und ihren Willen anzugreifen. Zum Beispiel brennen sie in Hasakeh Felder nieder, um die Moral und den Widerstandswillen der Menschen zu brechen. Denn sie wissen, dass es die Bevölkerung ist, welche die Basis für die Kämpfer_innen bildet. Wenn die Bevölkerung die Kämpfer_innen nicht mehr unterstützt, können diese nicht mehr kämpfen. Es ist offensichtlich, dass der Feind diese Methoden benützt, um die Kämpfer_innen via den Willen der Bevölkerung anzugreifen.

Die NATO Armee Türkei ist technisch überlegen – was können wir da entgegensetzen?

Wir müssen verstehen, dass die am meisten fortgeschrittene Technik die menschliche ist. Das ist, was wir in der Hand haben und daran arbeiten wir für die Professionalisierung. Wir dürfen nicht vergessen, dass es am Ende der Mensch ist, der mit allen anderen Technologien handelt. Wenn wir es schaffen, die menschliche Technologie besser zu nutzen, werden wir auf allen Seiten besser sein.

Besteht nicht die Gefahr, dass die Professionalisierung einen Graben zwischen Bevölkerung und Militär eröffnet?

Wir wissen, dass wir verlieren werden, wenn wir unfähig sind, eine Einheit zwischen der Bevölkerung und dem Militär zu erreichen. Deshalb stecken wir viel Energie in den Kampf dagegen, damit das nicht passiert und dieser Graben wächst. Nur weil unser Militär professioneller wird, entfernt es sich nicht von der Gesellschaft. Gleichzeitig zur Professionalisierung der Militärtechnik versteht die Gesellschaft auch besser, wieso wir kämpfen, wieso sie ihr Land verteidigen müssen. Das ist eine Arbeit, die von der Gesellschaft selbst verrichtet wird. Die Gesellschaft selbst stellt die Mittel zur Verfügung, die die Kämpfer_innen zum Kämpfen brauchen. Die Bevölkerung verwaltet sich selbst und stellt selbst den Kämpfer_innen die Mittel zur Verfügung, die diese brauchen um sich zu professionalisieren. Es ist so was wie eine Dialektik zwischen dem Volk und den Kämpfer_innen. Ich sage nicht, dass das immer problemlos ist, aber es gibt Lösungen. Wir reflektieren das Problem und die Lösung dafür ist prioritär.

Ich freue mich sehr, dies zu hören, denn ich denke auch, dass es eine Dialektik zwischen Militär und Gesellschaft gibt. Wie hat sich diese Dialektik den objektiven Bedingungen angepasst?

All diese Veränderungen betrafen nicht nur das Militär, sondern alle Ebenen des Kampfes. Von der Diplomatie zur Bevölkerung, zum Gesundheitssystem. Wenn ich zum Beispiel an meine Rolle an der Front denke: OK, ich bin für Kämpfer_innen verantwortlich und ich muss auf sie aufpassen, aber hier leben auch Zivilist_innen. Ich muss auch mit ihnen diskutieren, auf sie aufpassen, schauen, dass sie haben, was sie brauchen, Treffen mit ihnen abhalten, ihnen Dinge erklären. Manchmal muss ich mit der Verwaltung der Region diskutieren, ihnen rapportieren, was unter meiner Verantwortung geschieht. Als Revolutionär_innen müssen wir uns um alle Seiten der Revolution kümmern. Denn die Revolution ist nicht nur die militärische Seite, sondern all das zusammen. All das zusammen ist die Gesellschaft. Wir müssen also als Revolutionär_innen an all diese Aspekte des Kampfes denken.

Wie bringt ihr die beiden Seiten, Zivilist_innen und Kämpfer_innen, zusammen?

Wenn wir vom revolutionären Volkskrieg sprechen, beinhaltet es das auch: Wie kann die Bevölkerung konkret im Krieg handeln. Natürlich passen wir auf die Sicherheit der Zivilist_innen auf, aber wir führen den Krieg nicht mehr wie vorher, als wir die Dörfer leerten, um Platz für den Krieg zu schaffen. Wir sprechen nun mit der Bevölkerung und versuchen zu erreichen, dass sie das Gebiet nicht verlassen. Natürlich tun wir das nicht mit Gewalt, wir wollen sie nicht zwingen, dort zu leben, wo es Krieg gibt, aber wir versuchen, sie zu überzeugen, dass dies ihr Land ist und sie auch hier sein müssen, um zu kämpfen, wenn es sie braucht. Es ist auch so, dass die Tatsache, da weiterhin zu leben, von wo der Feind möchte, dass sie weggehen, ein grosser Akt des Widerstands ist. Das ist auch was Neues, aber es geht weiter. Deshalb habe ich als militärischer Verantwortlicher auch eine Verantwortung für die Zivilist_innen.

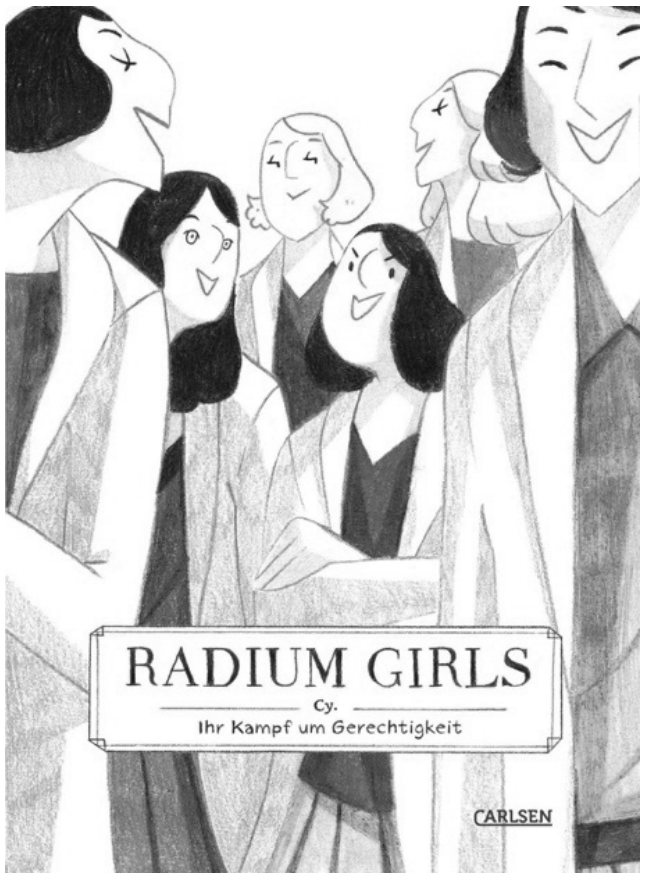
In einem türkischen revolutionären Stützpunkt sah ich letztes Jahr eine ganze Familie, die in militärischer Taktik und Ideologie unterrichtet wurde.

Wir denken, dass es nötig ist, Militär und Zivilist_innen zusammen in einen Rahmen zu bringen. Es wäre falsch, die militärische Arbeit als etwas zu analysieren, das nicht aus einem gewissen Rahmen oder aus gewissen Strukturen ausbrechen sollte. Nein, wir müssen verstehen, dass der Krieg und der Schutz der Gesellschaft nichts ist, was nur zu den Kämpfer_innen und zum Militär gehört, nur in deren Verantwortung liegt. Wenn du das so verstehst, errichtest du eine Grenze zwischen beiden Seiten und das ist ein falsches Verständnis. Vor allem im revolutionären Volkskrieg. Es ist etwas Gutes, wenn jede_r fähig ist, sich selbst, sein Land und seine Freiheit zu verteidigen.

Was hat sich für die Internationalist_innen, welche heute zum Kampf dazustossen, geändert?

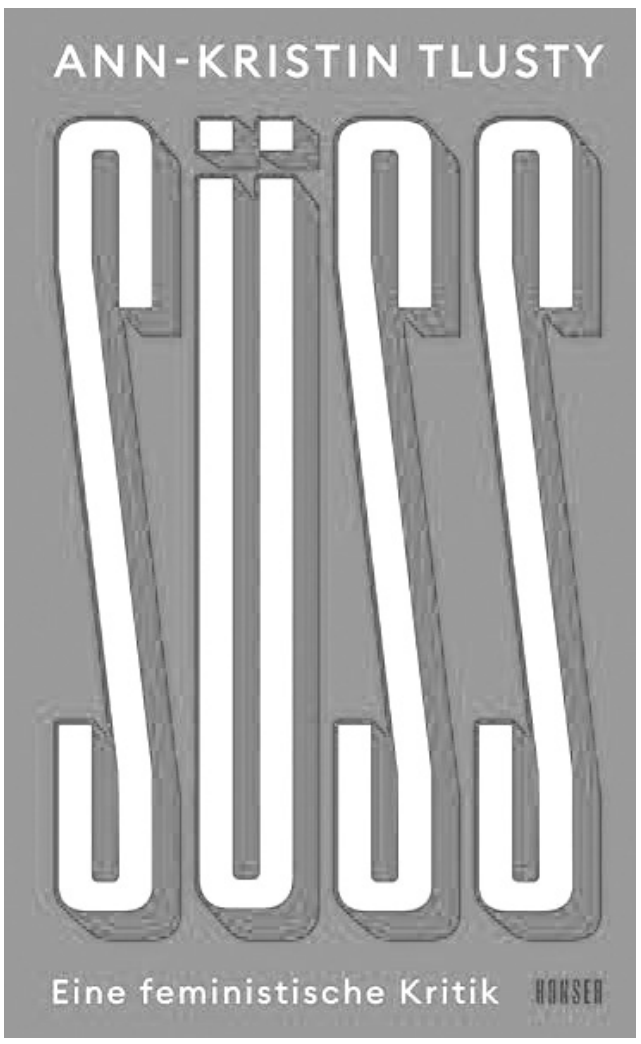
Während des Krieges gegen Daesh gaben wir ihnen eine Kalaschnikow und zwei Wochen Ausbildung und schickten sie an die Front. Aber wenn wir das analysieren, sehen wir, dass das nicht gut ist und unmoralisch. Es ist gefährlich für sie und die anderen. Heute braucht jede_r Kämpfer_in mindestens sieben Monate Ausbildung. Es ist ein grosser Unterschied, zwischen zwei Wochen und sieben Monaten. Jetzt kennen die Kämpfer_innen an der Front alle Waffen, die sie möglicherweise benützen. Scharfschützengewehr, Kalaschnikow, Pistole, Sabotage, Tarnung. All das müssen unsere Kämpfer_innen kennen, und zwar gut kennen. Die Ausbildung ist nicht nur eine technische oder militärische Ausbildung, wir legen auch viel mehr Wert auf die Ideologie. Wieso kämpfen wir? Was ist das Volk? Was ist die Wahrheit des Volkes? Was ist die Rolle des Militärs? Was ist der Zusammenhang von dem wir sprachen, zwischen Militär und Gesellschaft? Um mehr menschliches als technisches Vermögen aufzubauen. Aber das braucht Zeit, und deshalb wurden aus zwei Wochen sieben Monate.

Die Stadt Ayn Issa liegt nur wenige Kilometer von der türkischen Grenze und damit in der sogenannten «Bufferzone», welche die Türkei mittels einer Invasion seit 2019 zu errichten versucht.



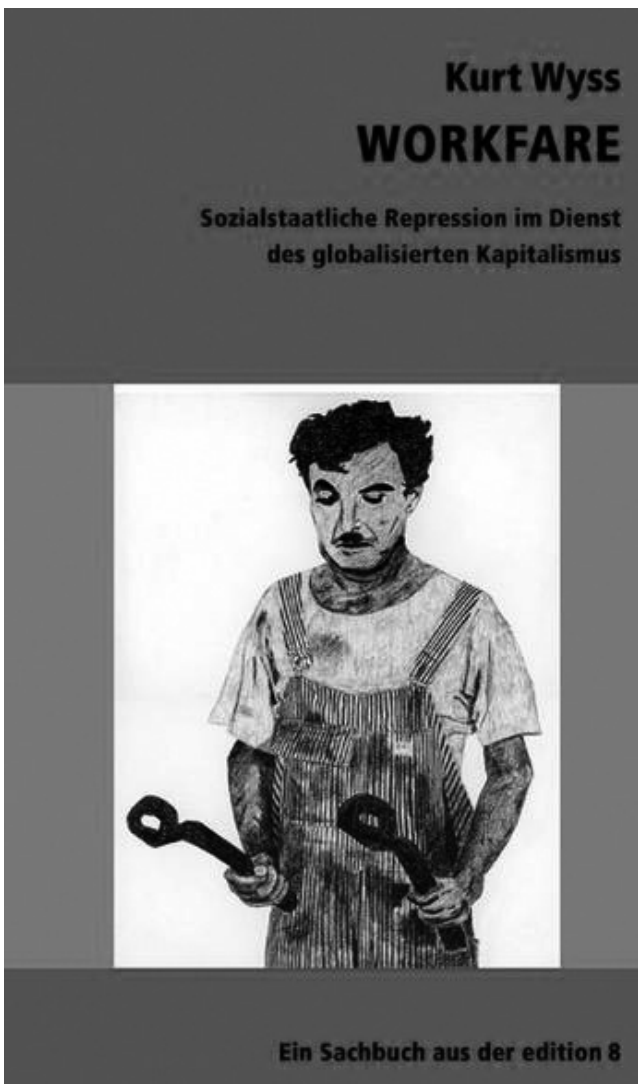
Cy: Radium Girls

(az) Die strahlenden jungen Frauen aus New Jersey hat es wirklich gegeben. Obwohl «Radium Girls» ein Comic ist, handelt es sich dabei keineswegs um Superheldinnen, sondern um Uhrenarbeiterinnen. Zifferblätter wurden bis in die 70er hinein mit Radium zum Leuchten gebracht, nicht nur in den USA, sondern überall. In der US Radium Corporation der 20er Jahre hatten die Arbeiter_innen pro Schicht die zwölf Ziffern von 250 Zifferblättern zu bemalen, indem sie den Pinsel mit Lippen und Zunge benetzten, in die Farbe tauchten, danach auf die Zahlen pinselten. «Lip, dip, paint» lautete die simple Arbeitsanweisung. Heute ahnen wir, dass das für die Arbeiterinnen tödlich ausgehen würde. Auch damals hätte es das Unternehmen wissen können, hätte es auf die Medizin gehört, entschied sich aber aus offensichtlichen Gründen dagegen. Die Arbeiterinnen hingegen wussten nichts davon. Sie waren vor allem höchst erfreut, dass sie mitten in der Wirtschaftskrise eine anständig bezahlte Arbeitsstelle hatten. Die Erzählung setzt 1918 ein und behandelt die folgenden zehn Jahre, von der unbeschwerten Lebensfreude bis hin zur bitteren Erkenntnis. Dennoch ist es überraschenderweise ein Buch, das mit Anti-Trigger-Warnung daher kommt. Die Autorin Cy hat sich zum Ziel gesetzt, das Leben und die Widerstandskraft dieser Arbeiterinnen ins Bild zu setzen: Wir begleiten Frauen, die zusammen arbeiten und in der spärlichen Freizeit ausgelassen das Leben geniessen. Im Ausgang werden sie «Ghost Girls» genannt, weil ihre Lippen und Hände leuchten. Das stört sie manchmal, beispielsweise wenn sie wegen ihrer Strahlkraft aus dem Kino geworfen werden, meistens sind sie aber eine stolze Clique, die ihr Leuchten zelebriert. Die gesundheitlichen Folgen werden im Verlauf der Erzählung immer dominanter, doch meidet die Autorin drastische Darstellungen. Stattdessen konzentriert sie sich auf den Kampf um Anerkennung der Haftbarkeit des Betriebs. Tatsächlich haben die fünf Arbeiterinnen, die gegen die Fabrik prozessierten, Geschichte geschrieben. Ihr Fall wurde zum Präzedenzfall und ermöglichte zukünftigen Generationen von US-Arbeiter_innen, gegen toxische Arbeitsbedingungen zu klagen. Die noch junge Autorin Cy ist in Frankreich ein bekannter Name. Selbst in der Jugend durch erotische Filme und die Pornoindustrie geprägt, entschied sie, der erlebten Sexualität nachzugehen, holte dafür zahlreiche Zeugnisse ein, zeichnete diese und stellte sie online. Als schliesslich das Buch «Vrai sexe de la vraie vie» publiziert wurde, war es schon am ersten Tag ausverkauft. «Radium Girls» ist nun eine ganz andere Geschichte, auch in einem ganz anderen Stil gezeichnet. Eine späte Hommage an fünf gewöhnliche Arbeiterinnen, denen die Arbeit zum Verhängnis wurde, die aber dem Unternehmen mit den wenigen verbleibenden Kräften trotzten.



Ann-Kristin Tlusty: Süss – eine feministische Kritik

(raw) Ann-Kristin Tlusty (*1994) entwirft als materialistische-queerfeministische Autorin in ihrem ersten Buch das Konzept des «Potenzfeminismus» und meint damit die gegenwärtige, neoliberale Spielart eines Feminismus, der die Errungenschaften emanzipatorischer Kämpfe vergangener Jahrzehnte, insbesondere der 68er-Bewegung, einzulösen versucht. Sie beschreibt, dass der Potenzfeminismus als Lösung für sämtliche Missstände herhalten muss: «Frauen sollen sich bemühen, ihre Potenz zu finden – und mit etwas Anstrengung und Achtsamkeit sei das Patriarchat dann schon irgendwann überwunden. […] Alles stünde ihnen offen, solange sie sich gegenseitig empowern». Mit diesem Begriff des Potenzfeminismus kritisiert Tlusty den kapitalistischen Ausverkauf antipatriarchaler und feministischer Kämpfe des Popfeminismus und die Tatsache, dass heutzutage der Erfolg einer jeden Frau als feministische Errungenschaft gefeiert wird. Mit einem Blick auf Fragen der Klassengesellschaft analysiert sie populäre Begrifflichkeiten wie girl boss oder beliebte «emanzipatorische» Kulturprodukte wie die Netflix-Serie Sex Education. All dies tut Tlusty anhand dreier Kategorien: Die sanfte, die süsse und die zarte Frau. Sie stehen exemplarisch für immer noch bestehende Rollenbilder und -erwartungen. So beispielsweise die sanfte Frau, die quasi unsichtbar sich fortwährend um alles kümmert, was so normal sei, dass es Männer eben weniger tun. Dabei bezieht sich Tlusty auf einige Beobachtungen ihrerseits oder ihres Umfeldes. Doch die Qualität des Erstlings besteht gerade darin, dass es ihr gelingt, die persönlichen Erfahrungen an theoretische Modelle zu binden. Während der Lektüre reflektiert man daher nicht nur das eigene Rollenbild, sondern erhält gleichzeitig einen Abriss über die wichtigsten feministischen Theorien der letzten zwei Jahrhunderte sowie schlaue Inputs zu gegenwärtigen popkulturellen Phänomene, die als «feministisch» gelabelt werden. Das Buch eignet sich also für all jene, die den Stil von Stokowskis «Untenrum frei» mögen, aber gleichzeitig das analytische Werkzeug für feministische Perspektiven auf die Gegenwart schleifen lassen möchten oder eine Erstbegegnung mit einer materialistischen Perspektive auf Feminismen fernab der schweren Theorieschinken bevorzugen.



Kurt Wyss: Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus

(az) Workfare von Kurt Wyss erschien zwar bereits 2007, von seiner Aktualität hat dieses Buch allerdings überhaupt nichts eingebüsst. Es geht um die Frage wie «Welfare» (Sozialhilfe) im Zuge des Neoliberalismus in den USA sowie in Westeuropa mittels Formen von Arbeitszwang und einer neuen Stigmatisierung der Betroffenen verschärft wurde. Das hat materielle und ideologische Konsequenzen. 1996 wurde in den USA ein entsprechendes, nationales Gesetz eingeführt, 1997 legte die Labour-Regierung unter Toni Blair nach. In Deutschland war es ebenfalls die Sozialdemokratie, welche sich für neue Verschärfungen gegen Armutsbetroffene stark machte. Die damit einhergehende Stigmatisierung soll ein Warnsignal an die gesamte Klasse aussenden und muss uns deshalb auch dann interessieren, wenn wir nicht auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Workfare soll vereinzeln und handlungsunfähig machen. Im Zuge der Workfare-Ideologie verschränken sich verschiedene Strömungen: Neokonservative fordern Sanktionen und Leistungskürzungen gegen Armutsbetroffene, Neoliberale unterstellen mangelnde Eigenständigkeit und wollen mehr Markt. Sozialdemokrat_innen haben sich von der «Illusion» einer anderen Welt schon längst verabschiedet. Sie geben vor, die Leute «befähigen» zu wollen, um sich innerhalb der globalisierten Wirtschaft besser an die neuen Bedingungen anpassen zu können. Aus diesem ideologischen Mix wächst eine Praxis, die sich unzweideutig gegen Armutsbetroffene richtet: Typischerweise in Form von Leistungskürzungen bei Nichtteilnahme an marktförmig organisierten Halbbildungsprojekten. Es zeigt sich am Beispiel der Workfare-Politik in Theorie und Praxis sehr exemplarisch, dass sich die verschiedenen Fraktionen bürgerlicher Politik nur in Nuancen voneinander unterscheiden. Und sollten sie sich wirklich widersprechen, so dienen Armutsbetroffene und andere Menschengruppen ohne starke Lobby dazu, gegen unten tretend Einigkeit, Durchsetzungs- und Regierungsfähigkeit zu beweisen.

BUCHBESPRECHUNG

Elena Ferrante: Meine geniale Freundin.

Der zwischen 2011 und 2014 auf Italienisch und zwischen 2016 und 2019 auf Deutsch erschienene Roman in vier dicken Bänden erweist sich aus unserer Sicht als menschlich und vor allem politisch hochstehendes literarisches Ereignis.

(gpw) Was bringt uns dazu, ein vierbändiges Romanwerk hier zu besprechen, das Hillary Clinton gelesen und über das sich Michelle Obama begeistert geäussert hat? Das Werk einer Italienerin, die es zuerst auf die Bestsellerlisten der USA geschafft hat, bevor ihr das im Heimatland gelungen ist? Sehen wir näher hin.

Der Roman versetzt uns hauptsächlich in ein Quartier nördlich der Bahngeleise, die in den Hauptbahnhof von Napoli einmünden. Der teilweise reale, teilweise fiktionale Charakter dieses «Rione» hat mit seinen prekär arbeitenden Schuster- oder Schreinerwerkstätten und dem Strassenhändler mit Gemüse einen subproletarischen Charakter. Die «Salumeria» hingegen, der Lebensmittelladen, gehört der Familie des im ersten Band ermordeten alten Camorra-Bosses, die «Bar-Pasticceria» den im ganzen Roman prominent dargestellten Kadern der Camorra.

Der Roman umspannt die Zeit von Anfang 1950 bis 2010. Wir durchlaufen die finsteren 50er Jahre im zerrütteten Neapel der Nachkriegszeit, in dem dank den Amerikanern die Camorra wieder auflebte; anschliessend die 1960er und 1970er Jahre die Höhen und Tiefen der sogenannten sexuellen Revolution sowie des Aufbruchs der vielverzweigten Frauenbewegung. Der bewaffnete Kampf wird nicht anhand der realen Ereignisse dargestellt, sondern an den unterschiedlichen Lebenswegen der fiktiven Figuren des Romans, dies aber erstaunlich realistisch und glaubwürdig.

Die fiktiven Figuren gehören hauptsächlich neun Familien des «Rione» an: 1. die Familie des Schuhmachers, zu der die Protagonistin gehört, 2. die des Pförtners bei der Stadtverwaltung, aus der die Ich-Erzählerin stammt; 3. die des kommunistischen Schreiners, der alles an den alten Camorra Boss verloren hat und fälschlicherweise als dessen Mörder verurteilt wird, und dessen Sohn, einem Maurer, der mit seiner Geliebten, einer späteren «Pentita», in den bewaffneten Kampf abtaucht und nach seiner lebenslänglichen Verurteilung bis ins Alter unbeugsam bleibt; 4. die Familien des Konditors und 5. des Gemüsehändlers und dessen verschlossenem Sohn; 6. die Familie des früheren und 7. die der gegenwärtigen Camorristi; 8. die eines dichtenden Eisenbahners, der 9. eine Witwe in den Wahnsinn getrieben hat, und deren Kinder. Nicht zu diesen Familien gehören ein junger Mortadellafabrikant in dritter Generation, die Tochter der Gymnasiallehrerin und spätere «Pentita», sowie die Familie des angesehenen Professors der griechischen Literatur aus Genua, in welche die Ich-Erzählerin hineinheiratet.

Das literarisch und politisch Geniale liegt darin, dass wir diese Figuren vom frühen Schulalter an in ihrer äusseren und inneren Entwicklung bis ins Alter von 60-70 Jahren verfolgen können – soweit sie so lange überleben: das schon erwähnte bewaffnet kämpfende Paar; den Apothekersohn, der sich zum brutalen Anführer faschistischer Banden mausert; den attraktiven Sohn des Eisenbahners, der nach den politisch heissen Zeiten eine Bankierstochter heiratet, Abgeordneter der Craxi-Partei und politisch und menschlich immer ärmlicher wird; einen Sohn des ermordeten Camorra-Bosses, der schon zur Trans-Frau mutierte, bevor dieser Begriff bekannt war, und das mit dem Leben bezahlen musste, und viele andere.

Die Lebensgeschichten der beiden «genialen Freundinnen», die wir Protagonistin und Ich-Erzählerin genannt haben, sind das Rückgrat der Roman-Tetralogie. Sie beginnen parallel, mäandern auseinander und wieder ineinander, gelegentlich mit längeren harten Brüchen, bis sich die Protagonistin im Alter von 66 Jahren allem ganz entzieht und verschwindet. Die Geschichte der einen würde ohne die der anderen nicht funktionieren, wobei die Protagonistin als «die Böse» gilt und zuweilen keine Gemeinheit auslässt, während die Ich-Erzählerin ständig und penetrant mit ihrer Freundin rivalisiert und nur dank hartem schulischem Strebertum und ihrer grossen schriftstellerischen Begabung dem Elend ihrer ärmlichen Herkunft entkommt. Die Protagonistin ist in Wirklichkeit die noch Begabtere, willensstark und kämpferisch, wird aber von ihrem brutalen Schuster-Vater buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen, als sie aus der Grundschule in die Scuola Media übertreten will. Auch sie entkommt schliesslich der Armut ihrer Herkunft, weil sie zusammen mit ihrem zweiten Mann die Gunst der Stunde packt: Die beiden steigen autodidaktisch ins Computerwesen ein und gründen im «Rione» ein Geschäft namens «Basic Sight».

Der Roman lässt keine der Brutalitäten aus, welche die verschiedenen gesellschaftlichen Milieus, in denen die Handlung stattfindet, zu bieten haben. Sie werden mit der Akribie einer revolutionären Gesellschaftskritik dargestellt, am Bittersten beim unwiederbringlichen Verschwinden eines vierjährigen Mädchens, das der Titel des vierten Bandes ankündigt. Die Autorin lässt offen, wer das Kind entführt hat. Dafür «belohnt» sie uns hie und da mit einer bewaffneten Aktion, die im richtigen Moment die richtige Figur des Romans liquidiert.

In den späteren Jahren der Romanhandlung stellt die Perspektivlosigkeit Napolis – wie die Autorin explizit sagt – die Perspektivlosigkeit der ganzen Welt des Kapitalismus wie in einem Vergrösserungsglas dar.

Wie kommt es, dass bürgerliche Politikerinnen wie Clinton und Obama nicht zu merken scheinen, wie antikapitalistisch und revolutionär ihre Lektüre ist? Ist dies ein Beispiel für die Integrationskraft der herrschenden Klasse? Wir vermuten im Speziellen, dass es an der typisch bürgerlichen Trennung zwischen Politik und Kultur liegt: Im Kulturteil der NZZ beispielsweise können auch marxistische Autor_innen zu Wort kommen, die man, wenn es darauf ankommt, politisch bis aufs Blut bekämpft. Wir machen diese Trennung nicht.

Szene aus der ebenfalls hochstehenden Verfilmung als Fernsehserie.

Die politischen Mängel der Übersetzerin und das Inkognito der Autorin

Der Übersetzerin Karin Krieger gelingt es, durch eine relativ freie Übersetzung, die Unmittelbarkeit, Authentizität und den Charme von Ferrantes Stil ins Deutsche herüberzubringen. Politisch ist sie leider nicht ganz auf der notwendigen Höhe: Die deutsche Version der Mao-Parole «Rebellion ist berechtigt» kennt sie nicht, und gravierender ist, dass sie «lotta armata» mit «bewaffnete Bande» übersetzt.

Die Identität der 1943 in Napoli geborenen Person hinter dem Pseudonym «Elena Ferrante» ist nach wie vor unbekannt. Aus den Büchern entnehmen wir ihre offensichtliche Sympathie für revolutionäre Politik, auch wenn sie bewaffnet geführt wird. Im zweitletzten Kapitel macht die Ich-Erzählerin einen ihrer regelmässigen Knastbesuche beim inzwischen bald siebzigjährigen Schulkameraden, dem unbeugsam gebliebenen bewaffneten Kämpfer, und wir freuen uns über den politisch korrekten, authentischen Verlauf des Dialogs.

IMPRESSUM **Herausgeberinnen:** Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich / Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org / Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org **Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU **Basel:** Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org **Zürich:** Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSSTELLEN **Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Paramoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.